

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Verkaufspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboller 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. **Telephon** Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 58477**

Redaktion: Leipzig, Landauer Str. 19/21 **Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telephon** 72216. — **Verlag in Leipzig,** Landauer Straße 19/21 — **Telephon** 72101

Inseratenpreise: Die Wochenblatt, Kolonellseite 35 Pf., bei Wochenbeilage 40 Pf., Stellenangebote 10 Geis. Kolonellseite 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10 Geis. Kolonellseite mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inzerate v. ausm.: die 10 Geis. Kolonellseite 40 Pf. bei Wochenbeilage, 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Großer Mitgliederverlust der KPD

1158 kommunistische Parteimitglieder verloren — Mitgliedererwerb der Sozialdemokr. Partei

Die Zunahme der kommunistischen Stimmen bei den Wahlen ist der Ausdruck dafür, daß die besten Arbeiterelemente sich aus der Gefolgschaft der SPD lösen und sich unter Führung der kommunistischen Partei in die rote Klassenfront einreihen.

(Sächs. Arbeiterzeitung vom 25. Februar 1927.)

Die letzten Wahlergebnisse und die bekanntgewordenen Mitgliederziffern der Berliner Bezirksorganisation der kommunistischen Partei stimmen mit dem obigen Motto aus der SZ nicht überein. Das Leipziger Kommunistentblatt wagt zwar in seiner Sonnabendnummer die lächerlichsten Verdrehungskünste, um nicht nur abgesehen zu werden, sondern sucht auch den Mitgliedererwerb der Berliner Bezirksorganisation der KPD in einen „wesentlichen Aufschwung des Mitgliederstandes“ umzufälschen. Zahlenmäßig wird aber dieser „Aufstieg“ nicht bewiesen, dafür verschweigt aber das Kommunistentblatt seinen Lesern die von uns am Freitag veröffentlichten Zahlen über den Mitgliedererwerb der kommunistischen Parteiorganisation des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz. In unseren Zahlen ist die Verächtlichkeit der roten Fahne zu dem Artikel im Vorwärts mit berücksichtigt worden. Selbstverständlich verschweigt die SZ daß die Sozialdemokratische Partei im letzten Jahre um 45 081 Mitglieder zugenommen hat und am 1. Januar einen Mitgliederbestand von 888 581 hatte. Trotzdem schreibt die SZ von einem Mitgliedererwerb der Sozialdemokratischen Partei und veröffentlicht Zahlen aus der Mitgliederbewegung des Ortsvereins Leipzig-Ost. Dieser Ortsverein hatte am 1. Januar 1927 insgesamt 8470, am 31. Dezember 1927 an männlichen und weiblichen Mitgliedern einen Mitgliederbestand von 2362, mithin eine Zunahme von 117, von denen 31 gestorben und viele bezogen sind. Die SZ hat einen Mitgliedererwerb von 639 ausgerechnet. Der Unterbezirk Groß-Leipzig der SPD, zu dem auch der Ortsverein Leipzig-Ost gehört, hatte nach dem vorliegenden gedruckten Geschäftsbericht am 1. Januar 1927 insgesamt 26 370, am 31. Dezember 1927 aber 26 470 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 100 Mitgliedern. Unter dem Verlust befinden sich 194 gestorbene Mitglieder. Der Mitgliedererwerb beschränkt sich nicht, die sozialdemokratische Organisation des Unterbezirks Leipzig braucht jedoch nicht die großen Verluste der Leipziger KPD im letzten Jahre zu suchen.

Größer ist die Zunahme der Sozialdemokratie im Bezirk Leipzig, der die Kreisorganisation umfaßt. Der Bezirk zählte am 1. Januar 1927 38 412, am 1. Januar 1928 jedoch 38 893 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 391 Mitgliedern.

Wie sieht nun die Mitgliederbewegung der kommunistischen „Massepartei“ im Bezirk Westsachsen aus? Dieser Bezirk ist größer als der Leipziger Bezirk der SPD. Zu ihm gehören die Stadt Leipzig, die Amtshauptmannschaften Leipzig, Borna, Wurzen-Grimma-Oschag, der Bezirk Riesa bis Zeitzhain, sowie das frühere Sachsen-Mittelelbe bis einschließlich Stadt Mittelnburg.

Nach dem Bericht über die Tätigkeit des Bezirks Westsachsen der KPD vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 waren im April 1925 insgesamt 9222, im März 1926 aber nur noch 9114 Mitglieder vorhanden, also ein Verlust von 108 Mitgliedern. Ueber

Die Mitglieder der KPD Westsachsens

unterrichtet die nachfolgende Tabelle, die einem Bericht der Bezirksleitung an den kommunistischen Bezirkstag am 10. und 11. Dezember 1927 entnommen ist.

	Gemeldete Mitgl.		Abgerechnete Mitgl.	
	Dez. 1926	Sept. 1927	Febr. 1927	Sept. 1927
Groß-Leipzig	5937	5364	4940	4768
Arbeitsgeb. > öbl. Ehrenb.	—	110	—	105
.. Borsdorf	136	178	127	175
.. Knaackberg	246	271	198	223
.. Liebertwitz	101	71	52	31
.. Mühlhena	29	35	21	13
.. Markranstädt	187	183	180	167
.. Deutsch-Gaußig	316	320	240	341
.. Landau	147	127	95	113
.. Wiedersheim	65	65	48	39
Zusammen	7204	6744	5802	5973
Unterbezirk	Borna	340	298	246
.. Meuselwitz	300	455	378	441
.. Ruedersdorf	140	115	64	103
.. Riesa-Mittag	284	255	224	234
.. Wurzen	181	166	132	154
Gesamtzahl	8709	8064	6908	7151

Nach den authentischen Berichten der kommunistischen Bezirksleitung hat die KPD-Bezirksorganisation Westsachsen vom April 1925 bis September 1927 an Mitgliedern 1158 verloren. Berücksichtigt man noch, daß unter den 8064 Mitgliedern noch viele Papierkolonnen sind; denn nur für 7151 Mitglieder sind die Parteibeiträge abgerechnet worden, dann ist der Verlust noch viel größer. Die wilde Agitationspolitik der KPD und ihre gegen die Sozialdemokratie angewandte Entladungstrategie hat trotz aller gegen die sozialdemokratischen Reformisten und Arbeitervertreter in die Welt gesetzten Lügen und Verleumdungen die kommunistische Partei nur rückwärts gebracht.

Mit der Deutschen Kommunistischen Partei geht es rasend bergab. Daran können auch Moskauer Galvanisierungsversuche nichts ändern. Und das ist für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland gut, denn damit wird der Weg ihres neuen Aufstiegs und ihres endgültigen Sieges vorbereitet. Mit dem Verschwinden der deutschen Filiale der kommunistischen Internationale wird die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung unter Führung der Sozialdemokratischen Partei wiederhergestellt. Mögen die jetzt noch irreführenden kommunistischen Arbeiter dazu beitragen, daß diese proletarische Einheit bald zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes erreicht wird.

Dezentralisierte Selbstverwaltung als Weg zum Einheitsstaat

Von Argus.

Die Bewegung für den Einheitsstaat ist bereits so erstarkt, daß die verschiedenen Klassen und Parteien literarisch zu ihr Stellung nehmen. Das ist ein Teil jenes wichtigen geistigen Klassenkampfes, der durch die anscheinend technischen und juristischen Fragen verhüllt wird. Bei der Schwierigkeit der Materie ist es aber um so notwendiger, daß die Arbeiterklasse und besonders die Partei der Sozialdemokratie unter Ausnutzung des von anderer Seite beigebrachten Materials eine eigene Stellungnahme zum Problemkomplex Einheitsstaat einnimmt. Es handelt sich hier nicht nur um die Einzelheiten, sondern um die grundsätzliche Stellung, die von den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Staatsauffassung bestimmt wird. Hierzu ist aber erforderlich sowohl eine theoretische Grundbeurteilung, als auch eine intime Kenntnis der internen Verwaltungsfragen und der Wirkung und Bedeutung des Mechanismus der Verwaltung im Kampf der Klassen und Gruppen im Staat um den Staat.

Es ist daher erfreulich, daß Genosse Dr. Karl Herz in einem erweiterten Referat „Die Verwaltungsreform als Aufgabe der Demokratie“ (Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Beamtenbundes, Berlin, 1927, 51 S.) die Parole ausgiebt, die mit der Überschrift dieses Artikels bezeichnet ist. Der theoretisch geklarte Verwaltungspraktiker kommt hier zu einem Ergebnis, das sich dem marxistischen Soziologen von anderem Gesichtspunkt aus aufdrängt. Der Grundgedanke ist: Das Proletariat muß den Staat umformen, um ihn für seine Zwecke nutzbar zu machen. Das wußten Marx und Engels bereits nach den Erfahrungen der Kommune von Paris 1871. Die von ihnen vorgeschlagenen Mittel versagen gegenüber dem heutigen viel mächtiger und komplizierter gewordenen Staat.

Was soll die Arbeiterklasse tun? Die parlamentarische Demokratie ist ein großer Schritt vorwärts. Sie bleibt aber unvollkommen ohne Demokratisierung der Verwaltung. Diese ist nicht zu erzielen durch das Wirken einzelner demokratischer und sozialistischer Minister, sondern nur durch eine völlige Umgestaltung der Verwaltungsform.

Wichtige Vorarbeit kann geleistet werden durch Beseitigung des vielfach veralteten im heutigen Verwaltungsrecht und durch Kodifizierung der vielfach auf Gewohnheitsrecht und Ministerialvorschriften beruhenden Verwaltungsrechtgebung. Dabei ist mindestens alles zu beseitigen, was aus der Zeit des fürstlichen Absolutismus stammt und heute leicht zur juristischen Stütze reaktionärer Bürokratie werden kann. Diese Aufräumarbeit ist natürlich nur eine Art Türbereinigung, bei der sozialistische Juristen sehr wertvolle Arbeit leisten können. Was folgt dann?

Es wäre irrig, und die Länderkonferenz hat es bestätigt, zu erwarten, daß die staatliche Bürokratie der einzelnen Länder zur Reichsvereinhelligung durch Neugliederung des Reichsgebietes schreiten würde. Der Enklavenausbau und die Einverleibung kleiner Staaten sind ein Fortschritt, aber im ganzen weniger wichtig. Selbst hier erhebt sich Widerstand auf allen Seiten. Der heute rationelle Weg ist Erhöhung der Reichskompetenzen durch Übernahme wichtiger Verwaltungsgebiete durch das Reich, z. B. die Justiz und den Strafvollzug. Auf diese Weise müssen die Länder zu potenziellen Selbstverwaltungskörpern werden, d. h. die Eigenstaatlichkeit muß ihnen nach und nach entzogen werden. Diese Maßnahme hat aber ganz verschiedene Bedeutung, je nach dem Ziel. Es ist denkbar, und die Literatur der Rechtsparteien zeigt es, auf diese Weise den bürokratischen Zentralismus zu stärken, ja sogar die Macht des Reichsparlaments durch Stärkung der Präsidialgewalt und der Reichsbürokratie erheblich einzuschränken. Der Weg der Sozialdemokratie ist gerade entgegengesetzt. Die Zentralisation ist nur erträglich, wenn sie verbunden wird mit dem Ausbau einer wirklich demokratischen, mit Eigenleben ausgestatteten Selbstverwaltung, die nicht nur ein ausführendes Organ der Zentrale ist, sondern in ihrem Machtbereich schöpferische Initiative entfalten kann. Nur auf diese Weise kann das durch geographische Eigenart und kulturelle Ueberlieferung bereicherte Eigenleben von Gebieten gewahrt bleiben, ohne in reaktionären und reichsfeindlichen Partikularismus zu entarten. Das heißt natürlich nicht Zerschlagung der Verwaltungseinheit des Reiches. Im Zeitalter des Verkehrs und der Weltwirtschaft ist selbst das Reich nur eine kleine Einheit im Kapitalismus. Daher kann die Selbstverwaltung nur im Rahmen von Richtlinien handeln, die von der Zentrale gegeben werden. Für die Gestaltung dieser Richtlinien ist natürlich der Parlamenteinfluß weitgehend zu sichern. Die Selbstverwaltung hat ferner ein Zusammenwirken der parlamentarischen Demokratie und von nicht-beamteten Vertretern mit dem Berufsbeamtentum praktisch zu organisieren. Nur so kann sie wirkliches Leben erhalten.

Durch Stärkung der Reichsverwaltung, Angleichung der Länderverwaltung und Ausbau der dezentralisierten Selbstverwaltung ist heute praktische Arbeit für den Einheitsstaat zu leisten. Selbst Kräfte, die außerhalb der Arbeiterklasse wirken, werden hier dienlich. Die technische Rückständigkeit der heutigen bürokratischen Verwaltungsorganisation ist

Erneut Wahlsiege in Braunschweig

Sozialistische Stadtverordnetenmehrheit

WTS Braunschweig, 26. Februar.

Heute wurden im Freistaat Braunschweig die Stadtverordneten-, Gemeinde- und Kreisstadtwahlen vorgenommen. Die Stadtverordnetenwahlen für die Stadt Braunschweig ergaben eine Linksmehrheit. Das vorläufige amtliche Ergebnis ist folgendes:

Sozialdemokraten 44 788 Stimmen, 19 Sitze (1925: 29 951 St. 13 Sitze), **Kommunisten** 4924 St., 1 Sitz (5076 St., 2 Sitze), **Demokraten** 2551 St., 1 Sitz (2689 St., 1 Sitz), **Nationalsozialisten** 3814 St., 1 Sitz (280 St., 0 Sitze), **Aufwertungs- und Aufbaupartei** 601 St., 0 Sitze, **Volkspartei** 2412 St., 1 Sitz (Wund. der Invaliden und Witwen 846 St., 0 Sitze), **Volkswohlfahrtspartei** 1726 St., 1 Sitz, **Bürgerliche Einheitsliste** 27 267 St., 12 Sitze (wirtschaftliche Einheitsliste 14 557 St., 6 Sitze, nationale Einheitsliste 27 869 St., 12 Sitze).

Die Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in einigen größeren Städten ergeben nach den vorläufigen amtlichen Zahlen folgendes Bild (Vergleichszahlen in Klammern):

Wolfenbüttel: Sozialdemokraten 7 (4), Wirtschaftsverband 3 (Mittelstandsliste 1), Kommunisten 1 (2), Nationalsozialisten 1 (0), bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5 (10).

Hannover: Sozialdemokraten 6 (4), Kommunisten 0 (1), Demokraten 1 (0), bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5 (5), Wirtschaftsverband 3 (4), außerdem bisher ein Vertreter des Reichsbundes.

Helmstedt: Sozialdemokraten 8 (6), vereinigte bürgerliche Parteien 6 (6), Kommunisten 0 (0), Zentrum 0 (Zentrum und Demokraten 1), eine rechtsstehende Einheitsliste 3 (4), Beamte und Angestellte 1 (0), Jungbürger 1 (0), außerdem bisher ein Vertreter des Invalidenbundes.

Polen und Litauen

Nochmaliger Appell an den Völkerbund

Warschau, 25. Februar.

Wie der Vertreter der Telegraphen-Union aus bestunterrichteter Quelle erfährt, hat die polnische Regierung die Absicht, den Völkerbund erneut mit dem polnisch-litauischen Konflikt zu betrauen, um seine Dezember-Entscheidung in authentischer Weise nochmals zu erläutern. Der Völkerbund soll gebeten werden, offiziell festzustellen, ob er, als er Polen und Litauen die Maßnahmen unmittelbarer Verhandlungen empfahl, damit die Wiederherstellung normaler oder lediglich zeitweiliger diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten bezwecke.

Nach einer weiteren Meldung aus Warschau soll die polnisch-litauische Frage zwar noch nicht im März, wohl aber in der Juni-Session des Völkerbundes von Polen neu aufgestellt werden, wenn es vorher nicht zu den direkten Verhandlungen zwischen den beiden Ländern gekommen ist.

Die bulgarischen Denker wollen Opfer

SPD Paris, 25. Februar.

Die bulgarische Regierung hatte vor einiger Zeit die Auslieferung des in Paris lebenden Führers der Bauernpartei Koffoff gefordert. Koffoff wurde vor drei Wochen verhaftet und stand am Sonnabend vor dem Untersuchungsgericht. Er führte aus, daß er als Freund von Stambuloff aus Bulgarien flüchten mußte. Das Auslieferungsgehehen der bulgarischen Regierung wegen angeblicher Bestechung von Staatsbeamten bezweckte nur, ihn nach Bulgarien zurückzubringen, um ihn unschädlich machen zu können. Das Gericht hat sich diesen Argumenten angeschlossen und das Auslieferungsgehehen abgelehnt, da sein politischer Hintergrund zu deutlich sei.

Der Leichnam soll leben?

selbst einsichtigen Verwaltungsbeamten klar. Die Vereinheitlichung wird durch die kapitalistische Produktion gebieterisch erzwungen. Die Frage ist nur, ob hier eine Rationalisierung erfolgen soll, die der Betriebsrationalisierung ähnelt, die wir letztlich erleben, oder ob die Rationalisierung im Interesse des Proletariats und der Demokratie sich vollziehen soll. Hier ist es notwendig, auch bei Fragen der Verbesserung der Bureautechnik, der Instanzeneinfachung usw. den leitenden Gesichtspunkt nicht zu vergessen. Wir haben z. B. ein Interesse daran, die Stellung und den Aktionsradius der unteren Beamtenschaft zu erhöhen und die alte priesterliche Hierarchie der preußisch-deutschen Bureaokratie zu lockern. Wir haben Interesse daran, die Demokratisierung des Beamtentums durch Aufstiegsmöglichkeiten Begabter, durch Reform der Beamtenlaufbahn und Vorbildung zu steigern. Kurz, an Stelle einer kastenmäßig abgeschlossenen Verwaltungsbureaokratie muß eine sich aus den unteren Klassen gleichermaßen ergänzende Beamtenschaft treten.

Das sind Ziele, die nur im langen Kampf erreicht werden können. In diesem Kampf ist nicht nur parlamentarische Arbeit, Aufklärung der Massen, sachmännische Durcharbeitung des Materials notwendig, sondern eine zielbewußte Personalpolitik kann hier wichtige Vorarbeit leisten, ohne die Wirkung einzelner in der Kaste der Bureaokratie zu überschätzen. Diese einzelnen durch die Praxis Verlesenen können zu wichtigen Vorkämpfern der Reform werden und bei der Beseitigung vieler rechtlicher Hindernisse erfolgreich tätig sein.

Herr Herz macht mit Recht kritische Bemerkungen zur Personalpolitik der Republik und weist warnend auf die immer noch große Macht der Bierfamilien der Korpsstudenten hin, deren zweimäßige Vorbildung uns ja Harry Domela so anschaulich beschrieben hat. Es ist ein großer Mangel, daß es den revolutionären Parteien nicht gelang, die Kommandohöhen der Verwaltung mit energischen Ueberzeugungs-Republikanern und geschulten sozialistischen Verwaltungsmännern zu besetzen. Hier kann aber auch die dezentralisierte Selbstverwaltung nützliche Arbeit leisten. Sie führt zahlreiche Laien in die Verwaltungstätigkeit ein. Sie ist in der Lage, auch durch die Wahl in den Selbstverwaltungskörpern Sozialisten an amtliche Stellen zu setzen (Kommunalverwaltung), die ihnen die Möglichkeit praktischer Verwaltungsschulung bieten. So werden die geeigneten Männer herangebildet, die bei Mächterweiterung der Arbeiterklasse in entscheidende Positionen der Verwaltung einrücken können. Allerdings ist Voraussetzung, daß diese Genossen sich nicht dem Verwaltungskörper so geistig assimilieren, daß sie die sozialistische Grundeinstellung zur Verwaltungsreform verlieren oder als Spezialisten in der Fülle der Einzelaufgaben den großen Gesichtspunkt vermissen lassen. Die Bedeutung der Herz'schen Programmschrift liegt gerade darin, daß dieser Gesichtspunkt mit genauester Einzelkenntnis verbunden ist.

Durch die Synthese von demokratischem Parlamentarismus und dezentralisierter Selbstverwaltung mit zentraler Leitung erhält die Verwaltung jene Elastizität, die unerlässlich ist, um trotz des Klassenkampfes den Staat funktionierend zu erhalten und somit auch ein relatives Funktionieren der Wirtschaft zu ermöglichen. Die hier skizzierten Rechtsformen sind natürlich nur wirksam, wenn die Arbeiterklasse als politische und ökonomische Macht wächst und ihre Macht durch die Rechtsformen der Demokratie und die Organisationsformen der Verwaltung in politische Kraft umzusetzen versteht. Die Reform kann nur eine Turbine schaffen, die durch den Strom der proletarischen Bewegung getrieben, wirklich nutzbringende Arbeit leistet.

Dann wird es auch gelingen, in einer revolutionären Situation das zu erfüllen, was der Novemberrevolution von 1918 versagt blieb: Die grundlegende Neuorganisation des Reiches nach den Interessen des proletarisch-demokratischen Einheitsstaates als Etappe auf dem Wege zum Sozialismus.

Amanullah besichtigt die deutsche Republik Vajismus mit Großfeuer in Döberitz

Am Sonnabend wurde auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz bei Berlin zu Ehren des afghanischen Königs ein großer militärischer Kummel veranstaltet, der in einer Truppenparade und in einer Gedächtnisfeier Herrn Amanullah eine ungefähre Vorstellung vom Geiste der deutschen Volksgemeinschaft beibringen sollte. Den umfangreichsten Bericht über den „Sturm auf den Hasenheidenberg“ liefert uns nicht die Hugenbergsche Telegraphen-Union, sondern der Demokratische Zeitungsdienst. Nachdem sie einige Jahre lang hindurch den Schweiß ihres Hirns und die Begeisterung ihrer Seele mit geradezu talmudischem Eifer dem Vajismus und dem Republikanismus geopfert haben, können sie, die Herren demokratischen Journalisten, an jenen freien Lauf lassen, der schon ihre Väter in der Nähe heutiger afghanischer Gebiete zu des alten Hasenheiden Zeiten vor persischen Truppenparaden in ehrerbietiger Stimmung versetzte. Wir entnehmen dem Witz des Demokratischen Zeitungsdienstes das folgende:

„Vorschriftsmäßig wich die angegriffene Abteilung immer mehr zurück. Um der drohenden Umfassung der einen Flanke vorzubeugen, setzte sie ihre letzte Reserve ein und schickte mehrere Schwadronen abgeschwächter Kavallerie vor, denn Werbe werden im Angriffskrieg natürlich nicht mehr verwendet. Von besonderem politischem Interesse war die Verwendung von Tankatruppen. Die Tankatruppe ist durch den Versailler Vertrag unserer Reichswehr nicht mehr gestattet, sie muß sich aber an diese gewöhnen, und daher wurden auf Jahrgestellte gefeierte Vaj-Atuppen in der Uebung eingesetzt, um ein ungefähres Bild von einem Tankangriff zu geben. Der Angriff wurde durch einen künstlichen Nebel verleierte. Die Uebung endete planmäßig mit dem Siege der angreifenden Truppe, die den Hasenheidenberg in ihren Besitz brachte. Der König zeigte für die Einzelheiten der Uebungen reges Interesse; wenn auch eine beratende Vorführung kein Urteil über den militärischen Wert einer Truppe erlaubt, so konnte sie doch dem Gast einen Eindruck von der besonderen, durch die Verhältnisse bedingten Angriffsart unserer Reichswehr geben.“

Wir teilen die Auffassung, daß die Verwendung von Tankatruppen „von besonderem politischem Interesse“ ist. Dieses ganze Theater, das man dem asiatischen Despoten bietet, und das, von der freudigen Zustimmung aller deutschen bürgerlichen Parteien begleitet, andere Szenen zeigt, als die, die Herr Stresemann vor der Genfer Öffentlichkeit herunterredet, dieses Theater geht auf Kosten der deutschen Steuerzahler, was ein jeder ständig bedenken möchte. Es wird weiter gemeldet, daß während der Döberitzer Vorführung durch Atuppen, die die einschlagenden Granaten markierten, das trodene Heidegras in Brand geriet und große Flächen des Geländes abbrannten. Das Großfeuer konnte nur schwer eingedämmt werden. Infolge der starken Rauchentwicklung vermochte der Brand nicht einmal eine natürliche bengalische Beleuchtung zu Ehren des vom Reichspräsidenten begleiteten Afghaners abzugeben.

Vertagung des Auflösungsstermin?

Der Reichstag nimmt heute keine Beratungen wieder auf. Es ist ihm, der ohne „Bergewältigung des parlamentarischen Systems“ schon der Geschichte angehört würde, das Leben verlängert worden, damit er noch ein Notprogramm erleide. Ein „Not“-Programm nicht etwa deswegen, um der Not der arbeitenden Massen abzuwehren, sondern deswegen, um die Wahlen der bürgerlichen Parteien herabzumindern. Dann soll er aufgelöst werden. Wann soll das sein? Es herrscht die Auffassung, daß das bestimmt Ende März geschehen und dann etwa sieben Wochen später die Neuwahlen stattfinden. Das Komunique der Reichsregierung vom 18. Februar d. J., das angeblich diese Auffassung begründet soll, sagt darüber:

„Die Reichsregierung hat den Parteien für die Verhandlungen des Reichstages bis zum Ablauf des Jahres ein Notprogramm vorgelegt. Sie legt auf seine reifliche Durchführung zur Verwirklichung der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidendes Gewicht. Sie wird nach Erledigung des Programms — selbstverständlich auch für den Fall seines Scheiterns — die Auflösung des Reichstages vom Herrn Reichspräsidenten erbitten.“

Ein Zeitpunkt für die Auflösung ist hier nicht genannt, das entscheidende Gewicht liegt an der Betonung der reiflichen Durchführung der im Notprogramm vorgeschlagenen Maßnahmen. Dieser fehlende Auflösungsstermin wird auch durch die nachfolgende Versicherung nicht verlegt, daß:

„Die Reichsregierung alle Vorkehrungen (technischen? D. R.) treffen wird, um Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Mai zu ermöglichen.“

Die Bitte in dem Regierungskommunique wird noch klarer dadurch, daß auf die Rundgebung des Reichspräsidenten, die eine durch die Verfassung nicht gedeckte Einmischung darstellt, so hingewiesen wird:

„Der Reichspräsident hat der Reichsregierung fundamente, daß er mit ihr aus vaterländischem Interesse der reiflichen Durchführung des Notprogramms ausschlaggebende Bedeutung beimißt und daß er einen dem Vorhaben der Reichsregierung entsprechenden Auflösungsstermin in Aussicht nehmen wird.“

Wißt auch hier die Erklärung: erst nach der reiflichen Durchführung des Notprogramms Auflösung! Nun hat aber die parlamentarische Opposition den zeitweiligen Fortbestand dieses Reichstages zur Beratung des Notprogramms mit der bestimmt Ende März erfolgenden Auflösung des Reichstages gerechtfertigt. Jetzt scheint es jedoch so, als ob während der Festsitzpause schon daran gearbeitet worden ist, den Auflösungsstermin wieder hinauszuschieben. In der Kreuzzeitung ist zu lesen:

„Die Frage ist nun, wie sich die Dinge entwickeln werden, falls das Notprogramm durch die Opposition oder durch ein Ausbrechen der einen oder anderen Partei aus der vereinbarten Arbeitsgemeinschaft im Reichstage nicht oder nur teilweise zur Annahme gelangt. Ohne Zweifel wird in diesem Moment auch die Zustimmung, daß der Reichstag Ende März aufgelöst werden soll, hinsichtlich der vereinbarten Auflösungsstermin steht mit der Erledigung des Notprogramms in engster Wechselwirkung. Das eine nicht ohne das andere. Ob der Herr Reichspräsident, der bei der ganzen verfahrenen Situation eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat, im Falle einer Verschiebung des Notprogramms seinerseits seine von ihm gegebene Zusage, Ende März das Parlament aufzulösen, noch halten kann, ist eine weitere Frage.“

Am Sonntag spinn in dem gleichen Blatt der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, den Faden vom vorhergehenden Tage weiter:

„Der Reichspräsident hat, nachdem der Reichstag mit den beiden genannten Regierungsparteien ihm hinsichtlich der Fortsetzung des ganzen Arbeitsprogramms und hinsichtlich des Zusammenbleibens der Koalition bis zum Herbst die Gefolgschaft versagt hatte, sich weiter dafür eingesetzt, daß wenigstens der Teil des Arbeitsprogramms, auf den sich Kabinett und Regierungsparteien nunmehr geeinigt haben, noch durchgeführt wurde. Die Durchführung wäre noch viel mehr, als es ohnehin der Fall ist, in Frage gestellt worden, wenn, wie das Zentrum es wünschte, eine bindende Zusage dahin gegeben worden wäre, daß die Verhandlungen des Reichstages jedenfalls am 31. März abgeschlossen werden sollten, um die Auflösung und Festsetzung des Wähltermins unmittelfach an diesen Termin anzuschließen. Wir haben dem stets widersprochen und auch die Reichsregierung hat in der Rundgebung vom 18. d. M. die reifliche Durchführung des Arbeitsprogramms als den entscheidenden Gesichtspunkt in den Vordergrund gestellt. Erst wenn das Arbeitsprogramm durchgeführt ist, wird das Kabinett die Auflösung des Reichstages vom Herrn Reichspräsidenten erbitten.“

Aus diesen Sätzen Westarps erfährt die Öffentlichkeit, daß die Minister wohl im Einverständnis mit ihren Fraktionen (mit Ausnahme des Zentrums) es ausdrücklich abgelehnt haben, die

Auflösung für spätestens am 31. März in Aussicht zu nehmen. Westarp sagt weiter, daß Hindenburg seinen ganzen Einfluß geltend gemacht hat, den Reichstag bis in den späten Herbst hinein zusammenzuhalten.

„Damit befand sich der Herr Reichspräsident in voller Uebereinstimmung mit dem verantwortlichen Reichskanzler, der gleichfalls häufig und in verschiedenen Wendungen sich für die Erledigung des Arbeitsprogramms und damit für den Bestand der Koalition und das Zusammenbleiben des Reichstages bis zum Ende der Wahlperiode eingesetzt hat.“

Dieser unklare Lebensaufgabe Leichnam will heute mit feiner Arbeit beginnen. Es wäre eitel, irgendwelche Hoffnungen auf eine Hilfe für die Not der ärmsten Bevölkerungsschichten zu setzen. Um so mehr ist höchste Wachsamkeit am Platze und der entschlossene Wille, jeder weiteren Verlängerung dieses Reichstages den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen. Wägen es die kapitalistischen Parteien, den Reichspräsidenten, der die Auflösung nach der Verfassung verfügen muß, zu einem Staatsstreich zu mißbrauchen, indem sie ihn einseitigen, die Auflösung nicht vor dem Herbst vorzunehmen, dann ist dagegen der Kampf gegen die trodenen Putschisten und ihre lauen Förderer rücksichtslos aufzunehmen.

Genosse Levi sagt in der von ihm herausgegebenen Iesenswerten Sozialistischen Politik und Wirtschaft zu dieser Krise in einem Artikel u. a.:

„Es ist kaum eine Regierung in Deutschland lang- und kluglos weggegangen, wie das in Frankreich seit Jahrzehnten Uebung ist, ohne daß das Land darüber zusammengebrochen ist. Fast noch jede Regierung setzte sich dem Reichstag entgegen zur Wehr unter der Alternative: du oder ich. Das ist natürlich das parlamentarische System, von dem in Deutschland mehr geredet wird als in irgendeinem anderen Lande, auf den Kopf gestellt. Doch mehr auf den Kopf gestellt ist es freilich in dieser Krise. Wenn die Krise verbunden wird mit einer Neuwahl, so hat das einen Sinn, weil ohnehin der Reichstag am Ende seiner Lebenszeit angelangt war und mannigfach Anzeichen dafür vorliegen, daß er nicht mehr der Ausdruck der politischen Anschauungen der Wähler sei. So ist diesmal die Auflösung gut und verständlich, völlig unverständlich aber ist folgendes: Die Regierung kann sich nicht mehr halten. Der Reichstag soll auseinandergehen. Da erklärt der Reichspräsident einen Ukas, in dem er sagt, was die Regierung, diese Regierung, die keine mehr ist, noch zu erledigen habe und wie lange der Reichstag, der keine mehr ist, noch zu sitzen habe.“

Levi wendet sich gegen den Schritt Hindenburgs, mit dem dieser seine ihm durch die Verfassung zugewiesenen Befugnisse überschreitet. Von der Haltung der Parteien sagt er dann:

„Unverständlich aber ist und bleibt die Haltung der Parteien. Wir reden nicht davon, daß sie an sich berufen sind, die Einhaltung der Verfassung mit striktester Genauigkeit zu überwachen. Nein — auch vom Standpunkt simplestes Tagespolitiks ist das, was hier geschieht, nicht zu verstehen. Jede Reichstagsauflösung ist doch ein schon im Zeitlichen an eine Ursache geknüpfter Appell der Wähler. Man hat in Deutschland schon Reichstagsauflösungen gehabt über Militärvorlagen. Die kaiserlichen Regierungen haben sehr wohl begriffen, was es auf sich hatte, hier Grund zur Auflösung und Wahl rasch aufeinander folgen zu lassen: die Hottentottenmahnen sind ein Beispiel für die Erfolge solcher Taktik. Im republikanischen Deutschland ist das anders. Im Herbst 1924 ward der Reichstag aufgelöst eigentlich ohne aktuellen Anlaß. Der Reichstag war damals gar nicht beieinander und ward aufgelöst mit der Briefpost nach Hause geschickt.“

Diesmal ist der Reichstag beieinander. Es ist auch Grund genug zur Auflösung. Eine deutschnationale Regierung hat bankrott gemacht, und der Reichstag ist erschöpft. Gegenwärtig ist dieser Bankrott sozusagen eine aktuelle Angelegenheit. Und da muß man sich fragen: Wie kann man unter solchen Umständen die Auflösung und Neuwahl verschleppen? Acht Wochen sind gewiß keine übermäßige Zeit, aber sie genügen doch unter Umständen vollkommen, um die politische Situation zu verändern, um Geschehenes vergessen zu machen oder umzufälschen, kurz, aus der Wahlsituation jetzt eine ganz andere zu machen. Auch die Wahlstimme ist, so wenig wie die Begeisterung, eine Heringsware, die man für auch nur Monate einpökeln kann.

Interessanter noch freilich, als die Tatsache der Verschlebung, sind deren Gründe. Es sind, wie zugegeben ist, noch einige brennende Dinge zu erledigen: Etat, Liquidationsschäden, Kleinspater: Dinge, in denen zweifellos die Wünsche vieler Parteien an gewisse harte Tatsachen geknüpft sind. Und doch wäre es falsch, wollte man aus solchen Erwägungen heraus sagen: Mögen die anderen das noch ausräumen; dann kommen wir. Wir würden solche Erwägungen für falsch halten, weil sie einer oppositionellen Partei aus zwei Gründen nicht gut antehen. Der eine: Entweder hat eine oppositionelle Partei ein anderes Programm als die Regierung, dann muß sie dieses andere durchführen wollen um jeden Preis. Der zweite: Solche Erwägungen würden die Opposition nicht ohne Verantwortung lassen. Politisch verantwortlich macht nicht nur eine Partei das Tun, sondern auch das Untertassen; sie hat auch an dem zu tragen, was hätte vermeiden werden können und doch geschah.

Sturm gegen „Lorano“-pakte

SPD Genf, 25. Februar.

Die Sonnabenditzung der Sicherheitskommission, die mit einer speziellen Ablehnung der Regionalverträge durch Deutschland begonnen hatte, schloß mit einer klaren Annahme des Regionalpaktes durch Frankreich. Schon vorher hatte Polen verschiedentlich verweigert, die Völkerverbundmitglieder auf die Regionalverträge in ausgeprägtester Form mit der Verpflichtung zu militärischer Unterstützung zu verpflichten, indem es in der These des Berichtstatters Politiks, daß zur Erhöhung der Sicherheit regionale Sicherheitsverträge eingegangen werden können, das Wort „können“ durch „müssen“ zu ersetzen verlangte. Deutschland, Kanada, Holland und Argentinien lehnten aber entschieden ab.

Am Schluß nahm Paul-Boncour das Wort. Er stellte fest, daß die Debatte an einem vitalen Punkt angelangt sei. So offen wie selten versucht er den bekannten Standpunkt Frankreichs, Regionalverträge in einem bestimmten Gebiet Europas bedeuteten einen Sicherheitsapparat, der durch die Solidarität der einen und Furcht der anderen die Harmonie herbeiführt, die die Loranoverträge schon für einen beschränkten Umkreis erreicht hätten. Das Regionalpaket erzeuge das abgelehnte Genfer Protokoll vom Jahre 1924 und schaffe nicht nur den angeschlossenen Staaten, sondern der Welt im allgemeinen erhöhte Sicherheit. Das deutsche Verlangen, daß in den Nichtangriffspakten eine Schieds- und Schlichtungsklausel enthalten sein müsse, wäre moralisch gerechtfertigt. Aber würde die Abkürzung von den Staaten verantwortet werden können, wenn in diesen Pakten nicht auch die gegenseitige Unterstützung in Kriegszeiten garantiert sei? Paul-Boncour meinte, nein. Die Nationen würden die Möglichkeit einer Abkürzung nicht nach der Wahrscheinlichkeit der Verhütung eines Konflikts beurteilen, sondern danach, ob sie genügende Unterstützung in einem Konflikt finden. Nur die

Unterstützungsklausel garantiere diese Hilfe. Der deutsche Einwand, daß Regionalpakete die Gefahr der Gruppenbildung mit sich bringen, sei im Prinzip richtig, da aber ein einziger genereller Sicherheitspakt nicht durchführbar sei, müßten regionale Abkommen als einziger Weg betrachtet werden. Der Entwurf solcher Abkommen durch die Sicherheitskommission sei die Hälfte der Arbeit, die andere müßte dem Rat übergeben werden.

Die britische Delegation hat zur Sicherheitsfrage inzwischen ein neues Gutachten abgegeben. Sie wiederholt darin ihren alten Standpunkt, daß England für sich keine weiteren Sicherheitsverträge brauche und sich auch nicht zum Abschluß von Sicherheitsverträgen verpflichten könne.

Die Heeresreform in Frankreich

SPD Paris, 25. Februar (Radio).

Die französische Kammer wird sich in der nächsten Woche mit dem Gesetzentwurf über die Reorganisation der französischen Armee beschäftigen. Dieser Entwurf, der praktisch die Reorganisation der französischen Armee zum Abschluß bringt, sieht eine Heeresstärke von 530 000 Mann vor. Von dem Kontingent an weißen Mannschaften werden 315 000 Mann im Mutterlande, 35 000 Mann in den Kolonien verwendet und von den farbigen Truppen werden etwa 100 000 Mann in Europa garnisoniert. Durch die Herabsetzung der Heeresstärke auf 530 000 Mann müssen fünf Divisionen aufgelöst werden. Das französische Friedensheer wird deshalb in Zukunft 20 Infanteriedivisionen, 5 Kavalleriedivisionen und 3 Divisionen Fliegertruppen zählen. Dazu kommen zwei nordafrikanische Divisionen, 4 Divisionen der Kolonialarmee, von denen eine aus weißen Truppen besteht, und einige außerhalb des Verbandes stehende Formationen, darunter die Fremdenlegion.

Zu dumm

Kaschnachtsherze über Marx und den Marxismus
Von H. Petrich.

In diesem Falle ist es wirklich schwarz, keine Satire zu schreiben. Aber wir wollen es versuchen. Wollen vor allem von vornherein nachdrücklich feststellen, daß es sich nicht um Wilhelm Marx, den kranken Kanzler des Reichsbürgerblocks, sondern um Karl Marx, den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, den theoretischen Vorkämpfer der revolutionären Arbeiterbewegung handelt. Das ist schon fatal. Wir bringen Karl Marx nur ungern in eine solche Gesellschaft, in solche Verbindungen. Es läßt sich aber nicht ganz vermeiden. Da hat einer von der Halentkrenzbarkeit, Doktor Lorenz, im Februar-Kaschnachtsherr der Süddeutschen Monatshefte einen Artikel über die Frage verbrochen: War Marx Sozialist? Und er vermeint diese Frage. Und begründet diese Verneinung sozusagen wissenschaftlich. August Winnig, der Freund Kapps, der Held der Altkaschnacht, der Vertreter aller Dummheiten, die zwischen Himmel und Erde über den Sozialismus ausgekostet werden, hat zu diesem Artikel eine Einleitung geschrieben: Marx, Renegat. Am Ende seines Elaborsats gesteht er sich selbst resigniert:

„Auch die folgende Abhandlung wird der marxistisch-gläubigen Bewegung nicht das Leben nehmen.“
Das kann wohl richtig sein — abgesehen davon, daß es eine marxistisch-gläubige Bewegung nicht gibt.

Wozu dann aber das ganze Spiel? Die Gründe sind un schwer zu erkennen: Es sind dieselben, die seit je überwiegen für die bürgerliche Marx-Kritik maßgebend waren, auch für die „wissenschaftliche“, nämlich Verwirrung in die Reihen der Marxisten zu tragen. Erfolg hat man ja bisher nicht damit gehabt, aber es ist von Zeit zu Zeit doch notwendig, einige Streiklichter auf diese Vorgänge zu werfen. In der Nachkriegszeit sind die Bemühungen der bürgerlichen Marxkritik lunterbunt und besonders konfus geworden: Sombart erreichte seinen tiefsten Fall, Spengler schrieb sein groteskes Buch über den Untergang des Abendlandes, der große Trost der Professoren und Privatdozenten machte die äußersten Anstrengungen, praktisch fanden diese Besprechungen ihren Niederschlag in der konterrevolutionären Bewegung, in den verschiedensten Variationen der Halentkrenzpartei. Der Artikel von Doktor Lorenz ist ein etwas verspäteter Treib auf der großen konterrevolutionären Sumpfpflanze, und es hat einen besonderen Reiz, daß dieser reaktionäre Spätling behütet und beschützt wird von dem besten Kopf des Altkaschnacht. August Winnig liefert so wieder eine schöne Selbstcharakteristik, die zu seinen früheren Leistungen ausgeglichen paßt. Winnig in Cosmanns berühmtesten Süddeutschen Monatsheften als Mitsprecher der denkbar abernsten Marxkritik — das ist die Höhe. Die Altkaschnacht machen reichende Fortschritte...

War Marx Sozialist? Doktor Lorenz und August Winnig haben die Frage aufgeworfen, und sie macht jetzt die Runde durch den reaktionären Blätterwald. Den Leipziger Neuesten Nachrichten kommt diese Fragestellung selbst etwas spanisch vor, denn der erste Satz ihres kürzlichen Leitartikels lautet: „Eine seltsame Frage, wird man versucht sein, zu denken...“ Ja seltsam, mehr als seltsam. Die Demagogen fürchten, daß ihre Demagogie durchschaut wird. Aber — uff! Trotzdem wird die Verdrehung der Tatsachen versucht nach dem schönen Grundsatz: Dummheit ist eine gute Gabe Gottes.

In der Tat, diesen Kreisen ist nichts zu dumm, es findet immer sein Publikum...

Bisher gingen die Treiberer in der umgekehrten Richtung: Marx galt als Erzwat aller Revolutionären, alles Staats- und Gesellschaftsverfeindenden, und die Marxisten wurden als die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft angesehen. Der Marxismus war für diese aufgeregten Zeitgenossen der Inbegriff alles Bösen, die Manifestation von Hölle und Teufel. Nichts konnte an Schlimmterem auf diesem Planeten geschehen, wofür nicht die Marxisten direkt oder indirekt verantwortlich gemacht wurden. Die „revolutionären“ Zerleher, von Marx wurden verdammt als der Ausgangspunkt alles Übels, das die Menschheit quält und gerätet. Das war die Methode, den Marxismus verächtlich zu machen, zu diffamieren, in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Womit man zu erreichen versuchte, das Interesse von dem Grund- und Kernziel abzulenken: Von dem Kapitalismus, der die übergroße Mehrheit der Menschen zu Lohnsklaven, zu besitz- und rechtlosen Heloten degradiert.

Jetzt wird die Kampfkarte abgehoben. War Marx Sozialist? Nein, er war es nicht. Er war, nach Lorenz und Winnig, der Schrittmacher und Preisredner des Kapitalismus. Wir gratulieren der Schwerindustrie und dem Finanzkapital zu dieser neuesten Bundesbrüderlichkeit! Marx aber wird sich im Grabe umbreien ob dieser neuesten Glanzblüte des Antimarxismus. Doktor Lorenz hat aus den Jugendarbeiten Marx' einen Satz herausgeklaut, der beweisen soll, daß für Marx die Revolution nicht den Zweck hatte, das Proletariat zu befreien und den Sozialismus zu verwirklichen, sondern es soll ihm auf die Revolution als Selbstzweck ankommen sein. Marx wollte zerstören, um der Zerstörung willen, sein Ziel war die Aufstufung, die Anarchie. Mit pharisäischer Geisteserfärr Lorenz: Seht, soch ein verworfenes Subjekt war dieser Marx, in die Wolfeshaut mit ihm! Ist dieser Marx nicht bloß ein verkappter Kapitalist? Ein kaltrechnerer Egoist, der nur vom Geltungstrieb, vom Machtbrang vorwärtsgetrieben wurde? Steht man also genau hin, so kommt es Lorenz, trotz der entsetzlichen Konfusion in seinem Gedankengang, nur darauf an, die wahrlich schon tief gesunkene traditionelle Marxfeindschaft auf ein noch tieferes Niveau herunterzuziehen. Das ist der Zweck der Übung.

Noch niemals trat die auf Unwissenheit beruhende Unsachlichkeit der reaktionären Marxkritik so klar in die Erscheinung wie diesmal. Was wissen die, die allein mit den Mitteln einer armseligen Demagogie über Marx herziehen, von der unvergänglichen wissenschaftlichen Leistung dieses Mannes, von seinem heroischen Lebenskampf, der geführt wurde mit persönlichen Opfern ohne Zahl. Geist und Charakter, Theorie und Praxis, Denken und Handeln bilden im Marx'schen Leben eine streng geschlossene Einheit. Weil die Marx'sche Denkarbeit so überragend groß ist, weil sein Charakter bis zum letzten Atemzuge unanfechtbar blieb, weil er in dieser absolut sicheren Führung dem Proletariat ebenso ein praktisches Beispiel gab, wie er mit seiner wissenschaftlichen Methode eine scharfe Waffe für den proletarischen Befreiungskampf lieferte — deshalb ist der Marxismus unüberwindlich, deshalb bieten die Preisrichter der kapitalistischen Reaktion Lüge, Niedertracht und Tücke auf gegen Marx und den Marxismus. Marx hat als Mann der Wissenschaft zum ersten Male die politische Ökonomie dazu zu benutzen gewußt, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Totenglocke zu läuten. Das hat man ihm nie vergessen, das wird man ihm auch in Zukunft nie vergessen. Solange sich Proletariat und Kapitalismus in unversöhnlichem Gegensatz gegenüberstehen, solange um die Bewirtung des Sozialismus der Klassenkampf tobt, wird der Name Marx und seine Lehre im Brennpunkte der Kämpfe stehen. In der Stellungnahme zu dieser Frage gibt es nur ein Hüben und ein Drüben. Unter dem Banner des Marxismus marschieren die Millionen des Proletariats, dem die Zukunft gehört. Die Marx-Kritiker vom Schlage der Lorenz und Winnig verkörpern die Mächte der Vergangenheit, über die die Geschichte zur Tagesordnung übergehen wird.

Strafanträge im Barmat-Prozess

Julius Barmat 5 Jahre, Henry Barmat
2 1/2 Jahre Gefängnis

Berlin, 25. Februar.

Im Barmat-Prozess verkündete heute mittag Oberstaatsanwalt Dr. Trautmann gegen den Angeklagten Julius Barmat die Strafanträge.

Nach der Aufzählung der einzelnen Anteile beantragte er gegen Julius Barmat auf folgende Gesamtstrafe zu erkennen: fünf Jahre Gefängnis und 450 000 Mk. Geldstrafe, eventuell für 1000 Mk. einen Tag Gefängnis, ferner Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren, endlich Anrechnung der in der Zeit vom 31. Januar 1924 bis 23. Mai 1925 und vom 6. März 1926 bis 17. März 1926 erteilten Untersuchungshaft mit 135 Tagen auf die zu erlegenden Strafe.

Gegen Henry Barmat lautete der Strafantrag auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen den Staatsrat Dr. Sellwig zwei Jahre Gefängnis, Versäufklärung der Besetzungsgelder und Amtsverlust auf die Dauer von fünf Jahren, gegen den Reichstagsabgeordneten Lange-Hegermann ein Jahr Gefängnis und 30 000 Mk. Geldstrafe.

Im einzelnen führte Oberstaatsanwalt Trautmann aus: Der durch das strafbare Treiben von Julius Barmat verursachte ungeheure Schaden betrage rund 30 Millionen. Dieser gewaltige Schaden sei vollwirtschaftlich nicht dadurch ausgeglichen, daß ein großer Teil der Gelder in die Industrie geflossen ist; denn die Verwendung der Gelder sei völlig unwirtschaftlich gewesen; sie habe keinen nachhaltigen Nutzen für die deutsche Industrie gehabt. Barmat habe auch nach dem Zusammenbruch nichts ge-

tan, um den Schaden wieder gutzumachen, im Gegenteil, er sei nur bestrebt gewesen, sein holländisches Vermögen dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Henry Barmat sei über alle Geschäfte seines Bruders genau im Bilde gewesen. Er sei aber trotz seines strammen Auftretens nur eine Nebenfigur. Seine strafrechtlichen Handlungen seien nicht so schwer wie die seines Bruders. Staatsrat Dr. Sellwig habe mit den ihm anvertrauten Geldern, mit den Geldern eines völlig verantwortlichen und um keine Existenz schwer ringenden Volkes, in unverantwortlicher Weise gewirtschaftet. Diese Straftat sei für einen Beamten außerordentlich schwer. Trotzdem müßten ihm mitbernde Umstände zugestanden werden. Abgeordneter Lange-Hegermann habe die hohe verantwortliche Stellung eines Abgeordneten mißbraucht und sich nicht geschert, Gelder des Staates, die er zur Verwendung für vaterländische Zwecke im befohlen Gebiet erhalten habe, für Zwecke zu verwenden, an denen er persönlich interessiert gewesen sei.

Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Oberstaatsanwalt geringe Gefängnis- und Geldstrafen. Er schloß sein Plädoyer mit dem Antrag, den gegen Julius und Henry Barmat bestehenden Haftbefehl wieder aufzunehmen und unter Freigabe der gestellten Sicherheit die Haftentlassung zu unterbrechen.

SWD Berlin, 27. Februar. (Radio.)

Ein Berliner Montagsblatt weiß zu melden, daß dem U n r a g des Staatsanwaltes auf Verhaftung der Gebrüder Barmat nicht entsprochen werden dürfte.

Imbusch gegen Dr. Wirth für die Erhaltung des Christentums

TU Düsseldorf, 26. Februar.

In Düsseldorf sprach heute Abgeordneter Imbusch über die Aufgaben der Arbeiterschaft im Staat. Eingangs stellte der Redner fest, daß die Zentrumsfraktion in der Schulfrage völlig einig sei. Anders liege es bei der Zentrumsfraktion, in der wirtschaftliche und sachliche Differenzen beständen. Gegenüber einem Artikel von Dr. Wirth vermahnte er sich dagegen, daß er als ein Akademiker angesehen werde. Imbusch betonte, daß er sich stets auch für die Gewerkschaften interessiert habe. Dem Akademiker allein gehöre aber nicht die Führerschaft. Gegenüber der Auffassung von Dr. Wirth müsse erneut festgestellt werden, daß die christlichen Gewerkschaften nicht zur Durchbildung von Lohnforderungen, sondern zur Erhaltung des Christentums gegründet worden seien. Innerhalb der Partei, die im Rahmen des Staates liege, wollten die christlichen Gewerkschaften nicht allein regieren. Sie wünschten aber auch zur Geltung zu kommen. Sehr bedauerlich sei es, daß bei Dr. Wirth's Gedankengänge zu finden seien, die vor Jahrzehnten von Arbeitgebern entwickelt worden seien. Die größten Differenzen in der Zentrumsfraktion habe die Besoldungsreform mit ihren anderthalb Milliarden Mehrausgaben gebracht. Ihre Auswirkungen würden sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Eine Hebung der Lebenslage der Beamten, so wünschenswert sie auch sei, dürfe nur im Rahmen der Lebenslage der Gesamtbevölkerung möglich sein. Ein Mann wie Stegerwald habe sich auch für die Erhaltung des Berufsbeamtenums ringsetzt. Auf keinen Fall dürften aber Gegensätze zwischen Beamten und Volk entstehen. In Form und Ausmaß sei die Besoldungsreform falsch und schädlich. Die Beamten würden dies selbst einmal erkennen. Die Abschaffung von anderthalb Milliarden führe entweder zu neuen Abbaumassnahmen oder höheren Steuern. Kurz vor der Besoldungsreform habe man nach berechtigter Forderungen der Arbeiterschaft, zum Beispiel die Erhöhung der Zulagenrenten, abgesehen. Ebensovienig sei für Kleinrentner, Seemannsleute und die kleinere Landwirtschaft Geld dagewesen. Die Besoldungsreform sei nur möglich gewesen dadurch, daß im Parlament zum großen Teil Beamte als Parlamentarier saßen.

Vorhandene Gegensätze in der Partei müßten offen und ehrlich geklärt werden. Der Reichsparteiausschuss habe damit begonnen, indem er sich wieder zum alten Zentrumsprogramm bekehrt habe. Die Partei müsse wieder werden was sie einst gewesen sei, christlich sozial, nicht durch Worte, sondern durch Taten. In der darauffolgenden Aussprache, bei der die Meinungen von Beamten und Arbeitern bisweilen scharf aufeinanderplakten, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Arbeiterwähler des Zentrums dem Abgeordneten Imbusch ihr rückhaltloses Vertrauen aussprachen. In der Entschließung wurden auch Forderungen aufgestellt, in denen u. a. festgestellt wurde, daß das heutige Verhältnis von Wirtschaftsertrag und Arbeitsleistung ein vollkommen unzureichendes sei, daß vor allem für die Großbetriebe das Betriebsrätegesetz erweitert werden müsse, daß der Reichswirtschaftsrat in endgültiger Form endlich verwirklicht werden solle. Ferner wird verlangt, daß die Volksschule nicht mehr die Schule der armen Leute bleibe und daß Persönlichkeiten aus der Arbeiterschaft endlich wieder in einflussreiche Verwaltungstellen gelangen.

Trotz aller Gegensätze zu Dr. Wirth, dem beiseite tritt, daß er sich durchaus im Sinne der Unternehmer betätigt, hat Imbusch weiter festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften nicht etwa in erster Linie den Zweck verfolgen, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu verbessern. Vielmehr sind sie zur Erhaltung des Christentums, besser gesagt der katholischen Kirche gegründet worden. Diese Offenherzigkeit des christlichen Gewerkschaftsführers ist nicht hoch genug zu bewerten. Zwar bestätigt sie nur, was jeder Kenner der Verhältnisse bisher schon behauptet hatte. Daß Imbusch aber gerade im gegenwärtigen Augenblick diese Gesichtspunkte besonders scharf herausgearbeitet hat, bezeugt, daß nicht nur Dr. Wirth, sondern auch Imbusch als Schildknappen des Unternehmertums tätig sind.

Thälmanns „revolutionäre Taktik“

DE Moskau, 25. Februar.

Thälmann veröffentlicht in der Prawda einen langen Artikel über die Lage in Deutschland, wo eine bedeutende Verschärfung der Klassengegensätze und eine unauffällige Linksbewegung der Arbeitermassen festzustellen sei. Der Artikel enthält scharfe Angriffe gegen die deutsche Sozialdemokratie, wobei es über die Taktik der Kommunisten bei den Wahlen heißt: „Die Kommunisten werden in Deutschland den Wahlkampf mit dem Losungswort „Revolutionäre Niederwerfung der Herrschaft des Trübsbürgertums“ führen. Wir werden dabei unterstreichen, daß die Sozialdemokratische Partei bereits als ein Bestandteil dieser Herrschaft erscheint. Unser Hauptschlag muß während der Wahlen gegen diese bürgerliche Partei gerichtet werden, die sich innerhalb des Arbeiterlagers befindet.“

Neues sagt Thälmann deutschen Arbeitern mit seiner Kampfansage gegen die Sozialdemokraten nicht. Die KPD lebt ja seit langer Zeit schon nur noch von diesem Kampf gegen die SPD. Die „Herrschaft der Trübsbürgertum“ in Deutschland, von der Thälmann

spricht, ist nicht zuletzt durch diese glatte „revolutionäre Taktik“ der deutschen Kommunisten mit herbeigeführt worden. Fortsetzung dieser Taktik bedeutet praktisch nichts anderes, als daß sich die Kommunisten auch weiterhin als Helfershelfer des Reichsbürgerblocks betätigen. Darum haben die Strategen vom Schlage Thälmanns natürlich auch das größte Recht, die Sozialdemokratie „bürgerliche Partei“ und die Sozialdemokraten als „Verräter an der Arbeiterklasse“ zu beschimpfen.

Zusammenstöße in Berlin

SWD Berlin, 27. Februar. (Radio.)

Der Berliner Stahlhelm veranstaltete am Sonntag in Berlin-Spandau einen öffentlichen Umzug mit einer anschließenden Versammlungsfeier. Schon während des Umzuges kam es zu unruhigen Zusammenstößen mit Kommunisten. Später wurden angeblich Teilnehmer des Zuges mit Stöcken und Totschlägern überfallen. Insgesamt wurden 23 Personen, darunter 19 Kommunisten und zwei kommunistisch gesinnte Frauen, sowie zwei Angehörige des Stahlhelms verletzt. Sie wurden nach ihrer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Deutschland und die Ezent-Gotthard-Waffe

TU Paris, 27. Februar.

Der Pariser deutsche Botschafter, Herr von Hoelsch, und der rumänische Botschafter, Herr von Neutath, trafen gestern vormittag, wie aus Nizza gemeldet wird, in Kap Martin ein. Die beiden Diplomaten nahmen an einem von Dr. Stresemann gegebenen Mittagessen teil, zu dem auch der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinkhof, geladen war. Das Journal will wissen, daß sich die Besprechungen hauptsächlich auf die Ezent-Gotthard-Affäre bezogen hätten, wobei die beiden Botschafter den Reichsaussenminister über die Auffassungen der Regierungen von Paris und Rom unterrichteten. Da der französische Außenminister am 4. März in Genf eintrifft, beschloß Dr. Stresemann, seinen Aufenthalt in Kap Martin bis zum 3. März zu verlängern.

Mussolini verträgt keine Kritik

Die Deutschenunterdrückung in Italienisch-Libyen

WB Wien, 25. Februar.

Die neue Freie Presse meldet: Der hiesige italienische Gesandte hat heute vormittag von seiner Regierung den telegraphischen Auftrag erhalten, unverzüglich nach Rom zu reisen, wo er am Montag vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen werden wird, um ihm persönlich über die vorgetragene Rundgebung für Südtirol im österreichischen Nationalrat Bericht zu erstatten. Heute mittag erließen der Gesandte im Auswärtigen Amt, um von seiner Abreise nach Rom Mitteilung zu machen. Von einer Abberufung des Gesandten Auriti ist vorläufig keine Rede.

Notizen

Havas meldet aus New York, daß eine neue Goldsendung im Werte von 7 1/2 Millionen Dollar nach Frankreich, und zwar, wie man glaubt, an die Bank von Frankreich, abgegangen ist, so daß sich der Gesamtbetrag des in den letzten drei Jahren nach Frankreich gesandten Goldes auf 25 Millionen Dollar erhöht.

Die Polizei in Lissabon hat im Zusammenhang mit einer Explosion, bei der zwei Personen zum Opfer fielen, in der Provinz Algarve eine Bombenfabrik entdeckt. Wie verlautet, ist eine Reihe von Kommunisten festgenommen worden.

Nach einer Meldung des New York Herald aus Lissabon hat das Kabinett beschlossen, die Präsidentschaftswahlen in Portugal auf den 25. März anzuberäumen.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Alfred Herre in Leipzig.
Verantwortlich für den jugendlichen Teil: Hugo Schypand in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengellschaft, Leipzig.

Esst mehr Früchte
und Ihr bleibt gesund!

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Vom Schlachtfeld der Arbeit Schwere Explosionskatastrophe

SPD Berlin, 27. Februar (Radio). In der Nacht zum Sonntag ereignete sich in der Weißtischfabrik Suberndraun-Kohlengasse in Brüggen im Rheinland eine schwere Explosionskatastrophe, bei welcher mehrere Menschenleben zum Opfer fielen.

Der Untergang der „Alcantara“ Die Besatzung ertrunken

WIB Southampton, 26. Februar. Amlich wird bestätigt, daß von der 23 Mann starken Besatzung des italienischen Dampfers Alcantara, der in der Nacht zum Sonntag mit dem russischen Schulschiff Tawaritsch auf der Höhe von Dungesey zusammenstieß, 22 Mann ertrunken sind.

Die Berliner Lombardei

SPD Berlin, 27. Februar (Radio). Die Voruntersuchung in dem Berliner Lombardeihaus Skandal Bergmann hat im Laufe des Sonntags zu weiteren überraschenden Ergebnissen geführt. Der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Stäkel hat Bergmann eröffnet, daß die Voruntersuchung, die bisher nur wegen Betrugs geführt wurde, auf Antrag der Staatsanwaltschaft auf Konkursverbrechen und Konkursvergehen ausgedehnt wird.

Eine feine Gesellschaft

SPD Bonn, 26. Februar. Recht eigenartige Dinge kamen dieser Tage in einem Prozeß vor dem Schöffengericht zu Bonn ans Tageslicht. Verhandelt wurde gegen einen Dr. S. aus Köln wegen Verleumdung der Kriminalpolizei. Dr. S. wird beschuldigt, in verschiedenen Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft und beim Regierungspräsidenten Verleumdungen begangen zu haben.

Diese Verbrechen wurden bereits im November 1927 bei der Oberstaatsanwaltschaft gemeldet. Am 30. Januar erklärte aber der Staatsanwaltschaftsrat Neuhoff in der Verhandlung, er könne gegen die Frau Krempel nicht vorgehen, weil die Tochter des Sängers den Strafantrag zurückgezogen habe.

Von der Volksgemeinschaft

Mildes Urteil gegen einen jüngerlichen Menschenhändler

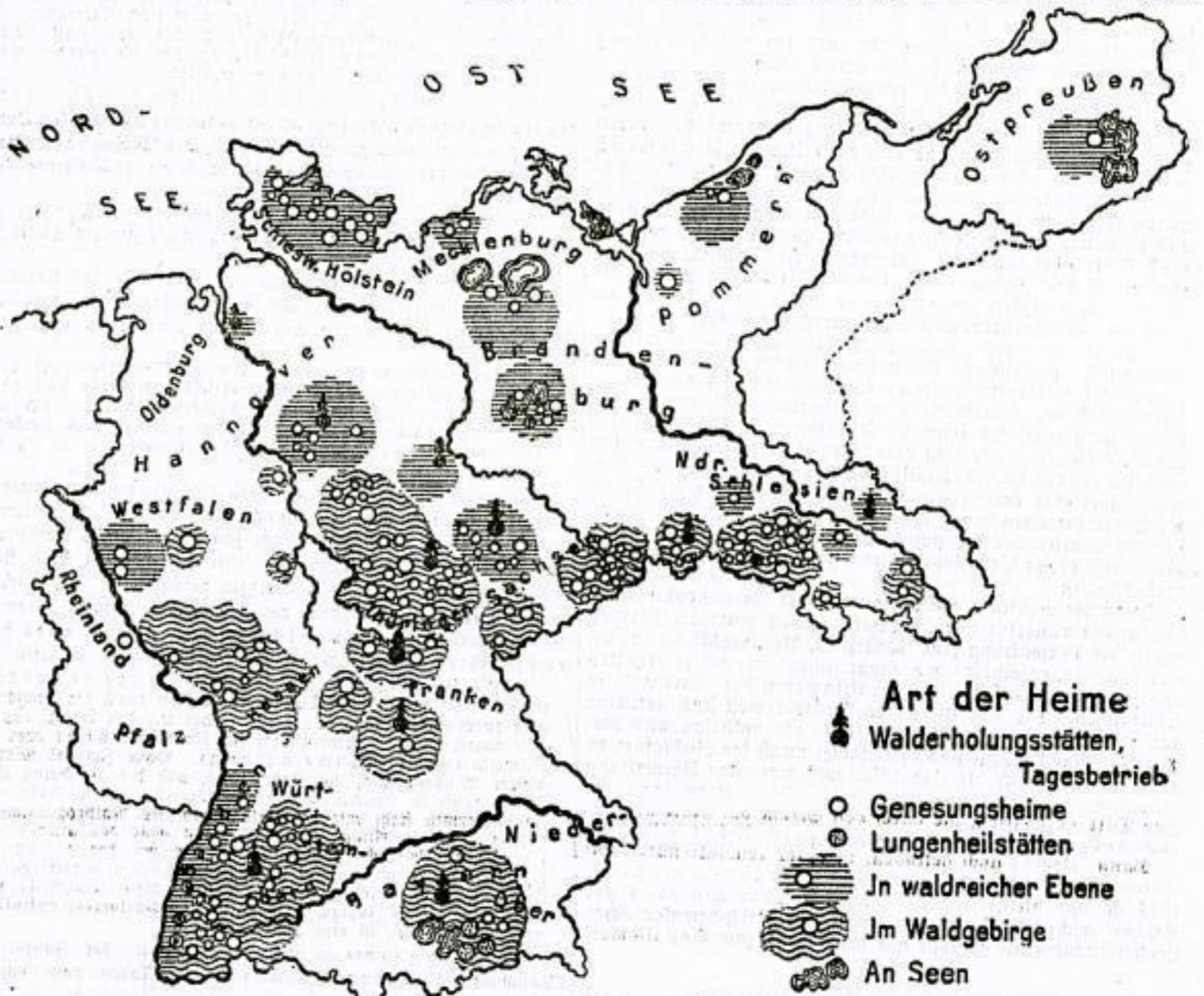
SPD Kottbus, 24. Februar. Ein Praxieexemplar ist der Gutspächter Franz Schumann, der sich dieser Tage vor Kottbuser Gerichten wegen geraden ungläubiger Brutalität und Unternehmervilligkeit gegenüber einer wehrlosen Landarbeiterfamilie zu verantworten hatte.

Die Kurheimpflege der Krankenkassen

Von Dr. Clara Henriques-Berlin.

Kurheime, Sanatorien, sind das nicht Einrichtungen, die nur für die „oberen Zehntausend“ bestimmt sind, die denen verschlossen bleiben, die von ihrer Arbeit leben müssen, mögen sie noch so leidend, noch so erholungsbedürftig sein?

In gesunden und wohlhellen Räumen gelegt, Terrassen, Veranden, Balkons und Liegehallen bieten Gelegenheit zum Aufenthalt in frischer, gesunder Luft, auch bei regnerischem und kaltem Wetter. Abgesehen von der für jeden Gemeinschaftsbetrieb notwendigen Hausordnung regelt sich der Tageslauf der Pflegelinge nach den Bestimmungen des sachkundigen Arztes.



Rechte darf er sich auch dann fühlen, wenn es sich um Maßnahmen handelt, die über die Pflichten der Krankenkassen hinausgehen und ihrer Natur nach nur verhältnismäßig wenigen zugute kommen. Dies gilt auch für die Pflege in Heimen der Durchführungsstellen der Krankenkassen, die in der Regel nur für die Kranken der Krankenkassen sind.

deutschen Kurorte wie z. B. Baden-Baden, Aßling, Nauheim, Wiesbaden in Betracht. Im übrigen verteilen sich die Heime über ganz Deutschland unter besonderer Bevorzugung der waldreichen Mittelgebirge, haben sich doch Sonne und Höhenluft, der Waldesriede und nicht zuletzt die Schönheit der Natur mehr und mehr als wirkungsvolle Heilmittel erwiesen.

Brot und Kaffee leben. Als der Wirtschaftler später den Kochtopf wieder zurückgab, wurde er für diese „Eigenmächtigkeit“ einlaffen. Das Amtsgericht in Rostock hatte Schumann wegen verächtlicher Willkür zu sage und schreibe 200 Mark und den Wirtschaftler wegen Beihilfe zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt.

Nach altrussischem Vorbild Einführung des Passzwanges in Polen

Wie polnische Blätter berichten, soll in den nächsten Tagen eine Verordnung des Innenministers erscheinen, die den Passzwang in Polen einführt. Jeder Bürger wird danach verpflichtet sein, einen gültigen Paß zu besitzen und ihn bei sich zu tragen.

Militärdienstentziehung. Einer Meldung des Warschauer Glas Prawdy zufolge ist in Polen ein Militärdiensthinterziehungsschwindel aufgedeckt worden. Die Zentrale dieser über das ganze Land verbreiteten Organisation befand sich in Kiewe, wo auch mehrere Militärbeamten vom Dienst suspendiert worden sind.

Arbeitsgericht Tarifwiderige Lohnreduzierung.

Wir berichteten im vergangenen November über einen Prozeß, den zwei Handwerker, die wegen Beschäftigungsmangels Aufräumungsarbeiten zu einem um rund 35 Prozent niedrigeren Lohn ausführen sollten und wegen Ablehnung dieses Antrags auf die Strafe gesetzt worden waren, gegen die Firma B. G. Teubner angeklagt hatten.

Gegen dieses Urteil hatte die Firma Berufung eingelegt. Sie machte vor allem geltend, daß die Kläger bereits wenige Tage nach ihrem Ausscheiden aus dem Teubnerschen Betrieb anderweit Arbeit gefunden hätten, sich jetzt sogar besser stünden als vorher, also kaum irgendwelchen Schaden erlitten hätten; außerdem seien 51,50 Mark der tarifmäßige Satz für Aufräumungstätigkeit. Da sich das Landes-Arbeitsgericht über die Auslegung des Tarifs nicht schlüssig werden konnte, wurde der Termin vom 8. Dezember ergebnislos abgebrochen und beschloßen, ein Gutachten vom Reichs-Landes-Arbeitsgericht einzuholen.

Das Kampfsjahr



Berliner Werkzeugmacher im Streit Kommt nun die Groß-Berliner Gesamtspernung?

SPD Die Berliner Werkzeugmacher werden am Montag in den Streit treten. Die Verhandlungen über die von den Arbeitern geforderte Abschaffung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Löhne haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung der Löhne auf 1,10 Mark pro Stunde am Ende der Lehrezeit, auf 1,25 Mark nach weiterer einjähriger Tätigkeit, auf 1,40 Mark nach zweijähriger und 1,50 Mark nach dreijähriger Tätigkeit. Die Unternehmer zeigten keinerlei Entgegenkommen. Der Schlichter hatte Betriebsverhandlungen über die strittigen Fragen gefördert; auch dieser Versuch scheiterte.

(Die Unternehmer haben bekanntlich für den Fall des Werkzeugmachereinstreits durch TL die Gesamtspernung in der Berliner Metallindustrie androhen lassen. Red. v. B.)

60000 Metallangestellte kündigen das Berliner Gehaltsabkommen

Die vertragschließenden Angestelltenorganisationen haben das Gehaltsabkommen für die Berliner Metallindustrie zum 31. März gekündigt. Genaue Forderungen sind noch nicht aufgestellt worden. Die Angestellten erklären, daß sie wegen der schlechten Gruppierungsverhältnisse und wegen verteuerten Lebenshaltungskosten zu diesem Schritt, der die Einleitung eines Gehaltstempfers von 60000 Angestellten bedeutet, gezwungen worden seien. Der Verband Berliner Metallindustrieller habe bei Abschluß des bisherigen Gehaltsabkommens das Versprechen gegeben, seinen Mitgliedsfirmen zu empfehlen, Leistungs- und Sonderzulagen zu bezahlen. Doch sei die Höhe dieser Leistungen und Sonderzulagen weit hinter den Erwartungen der Angestellten zurückgeblieben. Fast 60 Prozent aller Angestellten seien in der niedrigsten Gruppe beschäftigt. Was das bedeute, ergehe daraus, daß z. B. das Nettolohngehalt eines Angestellten in der Gruppe K I 140 Mark betrage.

Tariffkampf der Buchbinder Kündigung der Tarife

SPD Der Tarifausschuß des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter hat beschlossen, zu den jeweiligen Kündigungsfristen Mantelverträge und Lohnverträge auszukündigen und bei den Vertragspartnern Verhandlungen zum Neuabschluß anzubahnen. Die Lohnsätze sind überreift. Eine zwischenartliche Verbesserung, die im vergangenen Jahr vom Verband angestrebt wurde, war nicht möglich, da die Unternehmer sich auf die formale Laufdauer der Verträge stützten. Heute ist die Situation erheblich anders. Die formalrechtlichen Einwände der Unternehmer kommen jetzt nicht mehr in Betracht. Heute muß unter allen Umständen eine wesentliche Milderung in der Entlohnung zugunsten der Arbeiter eintreten, um die gesunkene Lebenshaltung auszugleichen.

Einigung über Holztarif Noch eine Verbesserung

SPD In dem Lohnstreik des deutschen Holzgewerbes ist am Sonnabend im Verlauf der im Reichsarbeitsministerium tätigen fünftägigen Verhandlungen über den vor dem tariflichen Lohnamt gefällten Schiedsspruch von den Parteien eine Vereinbarung getroffen worden, die gegenüber dem Spruch noch verschiedene Verbesserungen zugunsten der Arbeiter bringt. Nach der neuen Vereinbarung werden z. B. die tariflichen Entlöhne in Brandenburg ab 16. Februar von 84 auf 90 Pfg. und vom Oktober ab auf 93 Pfg. erhöht; in Bayern erfolgt eine Erhöhung von 101 auf 107 und vom Oktober ab auf 110 Pfg.; in Hamburg eine solche von 111 auf 117, vom Oktober ab auf 121 Pfg.; in Köln eine Erhöhung von 114 auf 120 Pfg. und vom Oktober ab auf 123 Pfg. Die Abfordersätze werden im gleichen Prozentsatz erhöht. Die Lohnvereinbarung kann erstmalig zum 15. Februar 1929 gekündigt werden.

Verhärfung in Böhmen Kohlenmangel — Betriebsschließungen

TL Dmäh, 25. Februar. Der letzte Vermittlungsvorschlag des Ministers für öffentliche Arbeiten im Bergarbeiterstreik ist von beiden Parteien abgelehnt worden. Neue Verhandlungen werden am Dienstag stattfinden.
Im Revier von Kladsno wird der Streik Anfang nächster Woche proklamiert werden. In diesem Kohlenrevier sind rund 11500 Arbeiter beschäftigt.
Die Glasfabriken in Nordwestböhmen stellen eine nach der anderen wegen Kohlenmangels den Betrieb ein und entlassen die Arbeiter.

Verkehrsbund 1927

Der Deutsche Verkehrsband, Verwaltungsstelle Leipzig, hielt am 22. Februar seine Jahres-Delegierten-Generalsversammlung ab. Den Delegierten lag der 80 Seiten umfassende gedruckte Bericht vor, der durch den Bevollmächtigten, Kollegen Keder, eine Ergänzung erhielt. Keder wie u. a. darauf hin, daß selbst das Jahr 1913, das als Höhepunkt der vorkriegszeitlichen Produktionsentwicklung galt, von dem Jahre 1927 verschiedentlich übertroffen worden ist. Nach dem Tariflohn-Index des statistischen Reichsamtes ist eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 6 bis 7 Prozent eingetreten. Diese Durchschnittserhöhung ist von unserer Organisation weit übertroffen worden. Aus der Lohnabelle des gedruckten Berichts ergibt sich, daß Lohnsteigerungen von 11, 12, 13, 18 bis 19 Prozent zu verzeichnen waren.

Es wurden im letzten Jahre insgesamt 85 Lohnbewegungen und Streiks geführt. Das sind 30 mehr als 1926. Die Lohnbewegungen verließen sich auf 3020 Betriebe mit 56 678 Beschäftigten. Das Ergebnis der Lohnbewegungen ist folgendes: Es wurde erreicht:

- für 23 088 Beteiligte ein wöchentlicher Mehrlohn von 58 467 Mark
- für 1397 Beteiligte eine monatliche Zulage von 4 191 Mark
- für 21 513 Beteiligte eine einmalige Teuerungszulage von 770 485 Mark

Abgewehrt wurde in 28 Betrieben mit 240 Beteiligten eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 6 Stunden für den einzelnen, das ist gleich 1440 Stunden pro Woche. Die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit blieb bestehen. Im Möbeltransport- und Reinigungsberuf kam es zum Streit. Auch hier wurden die geplanten Verschlechterungen abgewehrt und mußte neben einer Reihe sonstiger Verbesserungen dem Möbelpacker eine Lohnzulage von 3 Mark und dem Glasreiniger eine solche von 7,20 Mark gewährt werden. 31 Manteltarife und 88 Lohnsätze sind mit den Unternehmern vereinbart worden, so daß 18 900 Berufsangehörige unter tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Die Ausgaben für Lohnbewegungen und Streiks betrugen 25 985,80 Mark.

Bei den Lohnverhandlungen mit den Unternehmern erscheint jetzt ein neues Schlagwort. Man spricht von „Mengen-Konjunktur“. Damit wird ausgedrückt, daß eine Abschleppung eingetreten ist. Die Unternehmer erklären aber, ein Gewinn sei trotz glänzender Beschäftigung nicht herausgelungen, weil die Mengen-Konjunktur sich nicht zur Preis-Konjunktur entwickelt habe.

Solch jadenische Beweisführungen werden am besten widerlegt durch die Abschlässe der verschiedenen Industrien. Dabei darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Bilanzen vielfach frisiert sind. Schon Czner, der Banddirektor der verfrachten Leipziger Bank, sagte, als er vor den Schranken des Gerichts stand:

„Die Bilanz ist eine Hausfrau, die man nicht unfrisiert auf die Straße schießt.“

Kaiser Rechtschutzkonto bewegt sich ständig in aufsteigender Linie. Während 1924 31 Rechtschutzfälle zu erledigen waren, betrug die Zahl 1925 109. Im folgenden Jahre mußten 200 Fälle erledigt werden und im Berichtsjahre waren es 251. In den beiden Monaten Januar und Februar 1928 wurde bereits in 39 Fällen den Mitgliedern Rechtschutz gewährt. Die Strafverfügungen und Strafbefehle der Staatsanwaltschaft füllen sich in den meisten Fällen auf die Paragraphen 316 Absatz 1 und 290 Absatz 2 des Strafgesetzbuches. Die Schadenersatzlagen, die sich vielfach an die Strafprozesse anschließen, sind sehr zahlreich. Gegenwärtig laufen 16 solcher Klagen, in denen Ansprüche in Höhe von 30 144,85 Mark an unsere Mitglieder gestellt werden.

Der Stand der Rechtschutz- und Haftpflichtversicherung gestaltete sich in der Berichtszeit wie folgt: am 31. Dezember 1926 betrug der Mitgliederbestand 810, am 31. Dezember 1927 war er auf 1208 gestiegen, so daß eine Mitgliederzunahme von 498 eingetreten ist. Die Gesamteinnahme der Fakulta betrug 14 604 Mark. Würden alle organisierten Kollegen, für die die Fakulta geschaffen wurde, sich derselben rektlos anschließen, dann müßte die Mitgliederzahl mindestens fünfmal so groß sein.

Am Arbeitsnachweis wurden in der Berichtszeit 11 488 arbeitslose Berufsangehörige gesucht. Zusätzlich des Arbeitslosenstandes vom 31. Dezember 1926 in Höhe von 2069, waren in der Berichtszeit 13 557 arbeitslose Berufsangehörige zu verzeichnen. Stellen wurden 13 037 gemeldet; davon konnten 12 618 besetzt werden. Den arbeitslosen Berufsangehörigen wurde im Berichtsjahre zweimal Unterstützung aus der Lokalfasse gewährt, und zwar im Juni eine Mietbeihilfe und vor Weihnachten eine Weihnachtshilfe.

Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1927 12 694. In der Berichtszeit war ein Zugang von 3076 zu verzeichnen. Demgegenüber stand ein Abgang von 1743, so daß am Jahresabschluss 1927 ein Mitgliederbestand von 14 627 zu verzeichnen war. Somit beträgt die Mitgliederzunahme 1933. Diese erfreuliche Aufwärtseentwicklung scheint auch im Jahre 1928 sich weiter zu vollziehen, so daß wir mit Ende des Monats Februar die Mitgliederzahl von 15 000 überschritten werden.

Aus der agitatorischen und geschäftlichen Tätigkeit ist zu berichten, daß im letzten Jahre 1510 Versammlungen, Betriebsbesprechungen und Sitzungen stattfanden. Vorfälle- und -ausgänge waren 41 867 zu verzeichnen. Eingaben an die Behörden erfolgten 82. Schriftstücke für Mitglieder wurden 108 angefertigt. In 245 Fällen wurden Verhandlungen mit Unternehmern oder deren Syndikat geführt. Verhandlungen mit Behörden erfolgten in 29 Fällen und im Schlichtungsausschuß waren 31 Verhandlungen zu verzeichnen. Vertretungen von Mitgliedern erfolgten am Arbeitsgericht 250, am Amtsgericht 282, am Mietgericht 215 und am Wohnungssprengamt 13. Durch diese Vertretungen sind neben sonstigen Vorteilen auch 7952 Mark durch Gerichtsurteile für unsere Mitglieder ermittelt worden.

Der „Rentka“ (Rentens-, Pensions- und Sterbezugskasse), die am 1. Januar 1927 in Kraft getreten ist, sind 400 Mitglieder beigetreten. Von diesen schieden 9 wieder aus, so daß der Mitgliederbestand am Jahresabschluss 481 betrug und eine Einnahme von 13 058,40 Mark erzielt wurde. Die Unterstützungszinseinstellungen der Organisation sind in der Berichtszeit vielfach in Anspruch genommen worden, so daß insgesamt von den verschiedenen Unterstützungsarten den Mitgliedern 104 692,27 Mark zufließen. Dies ist der beste Beweis dafür, daß unsere Gewerkschaft in der Zeit der Not den Mitgliedern hilfreich unter die Arme gegriffen hat.

Weiter streifte Keder die Zusammenschlußbestrebungen der Verbände der Eisenbahner, Gemeindev- und Staatsarbeiter, Maschinen- und Heizer und des Deutschen Verkehrsbandes zu einer Groß-Gewerkschaft. Er wies auf die Beschlüsse der Funktionäre der genannten Organisationen hin und betonte, daß darin gelegt wird, daß alles getan werden muß, den Zusammenschluß baldigst zu vollziehen, und daß etwaige Hindernisse von den Zentralen hinwegzuräumen sind. Heute ist zu konstatieren, daß der Verband der Maschinenisten und Heizer kein Interesse an der Schaffung dieser Groß-Organisation besitzt, und daß die übrigen Verbände weiter Verhandlungen führen, deren Ergebnisse auf den in diesem Jahre stattfindenden Verbandstagen zur Diskussion gestellt werden. Die Haus- und Ortsvorstände-Konferenz des Deutschen Verkehrsbandes hat auf ihrer Tagung in Düsseldorf den einstimmigen Beschluß gefaßt, alles daranzusetzen, die Groß-Organisation zu schaffen. Wenn bei den übrigen Verbänden das gleiche Bestreben vorhanden ist, so dürfte es nicht schwerfallen, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Nachdem das Andenken von 95 verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt worden war, erhaltete der Kassierer, Kollege Künze, den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß einer Einnahme von 576 111,49 Mark eine Ausgabe von 475 353,70 Mark gegenüberstand, so daß ein Lokalfassenbestand von 100 757,79 Mark verblieb. Der Lokalfassenbestand würde wesentlich höher gewesen sein, wenn nicht aus demselben 30 000 Mark für den Erweiterungsbau des Volkshauses abgeführt worden wären. Außerdem wurde für Lohnbewegungen, Rechtschutz, Reiseunterstützungen, Mittelbeihilfen usw. noch die Summe von 28 790,39 Mark aus der Lokalfasse zur Verfügung gestellt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

An den Bericht des Kollegen Keder schloß sich ein längere Diskussion, in welcher an der Tätigkeit der Ortsverwaltung so gut wie keine Kritik geübt wurde.

Zur **Neuwahl der Ortsverwaltung** hatten die einzelnen Sektionen Stellung genommen und ihre Vorschläge gemacht. Weiter lag der Generalversammlung eine geschlossene Liste von den Delegierten der Amsterdamer Richtung vor, deren Absicht war, die Ortsverwaltung und die Revisionskommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiederzuwählen. Die Abstimmung ergab die **Neuwahl der bisherigen Ortsverwaltung** und der Revisionskommission.

Von der sogenannten **Opposition** waren insgesamt neun Anträge eingereicht worden. Dieselben bezogen sich auf die Schreibweise unseres Verbandsorgans sowie eine gemeinsame Meiseiler und forderten, die SVZ als Interaktionsorgan zu benennen und regelmäßig Berichte in derselben zu veröffentlichen. Durch einen weiteren Antrag wurde das Verlangen gestellt, in der Sektionsleitung der Straßensöhner eine Veränderung herbeizuführen. Die ersten beiden Anträge lehnte die Generalversammlung mit großer Mehrheit ab und trat den Beschlüssen der Ortsverwaltung bei. Zwei weitere Anträge, die sich mit dem Unterhaltungsbeitrag der Erwerbslosen beschäftigten, hatten ihre Erledigung dadurch gefunden, daß die Ortsverwaltung dem Bundesvorstand die Stellungnahme der Leipziger Mitgliedschaft in dieser Frage übermitteln hat und derselbe ersucht wurde, die beiden Arbeiterparteien zu informieren und deren Vertreter im Reichstage aufzufordern, im Sinne der im Interesse der Erwerbslosen liegenden Anträge zu verfahren. Nach einer Aufforderung des Bevollmächtigten, von diesen Anträgen Abstand zu nehmen, erklärte sich die „Opposition“ damit einverstanden, und so war wenigstens in diesem Punkte die „Einheitsfront“ hergestellt.

Familien-drama

Durch starken Gasgeruch wurden am Sonntagmorgen die Bewohner des in Eisenburg, Leipziger Straße 17, gelegenen Grundstücks auf ein Familien-drama aufmerksam und konnten durch schnelle Ueberführung der Beteiligten ins Krankenhaus mehrere Menschenleben retten. In schwerer wirtschaftlicher Sorge und wegen dauernder Krankheit seiner Frau, hatte der Uhrmacher Lange beschlossen, seinem Leben und dem seiner drei Kinder durch Einatmen von Gas ein Ende zu bereiten. Der Vergiftungsversuch mißlang insofern, als die im Krankenhaus angeordneten Wiederbelebungsversuche von Erfolg gekrönt waren.

WL Gaußh. Gemeindevorordneten-Versammlung. An Stelle des Herrn Reichbach tritt Herr Max Müller neu in das Kollegium. Zur Behandlung steht die Gemeinde-beamtenbesoldungsvorlage. Der Finanzausschuß hatte eine Vorlage ausgearbeitet, welche streng nach den Richtlinien der Besoldungsordnung aufgebaut war. Nur zum Ausgleich von Härten sollte an einigen Stellen eine Milderung eintreten. Wie bei allen Besoldungsreformen durch das Reich, so war auch diese „Reform“ eine Reform für die oberen Besoldungsgruppen. Die unteren Gruppen 1-6 haben auch wieder schlechtere abgesehen. Es ist deshalb verständlich, wenn durch die Gemeinde ein Härtausgleich vorgenommen wird. Wenn Herr Müller von der Sparteaktion die Auffassung vertritt, daß die Beamten und Arbeiter schon wieder eine Lohnzulage verlangen, so muß er daran erinnert werden, daß diese Zulage schon seit 3 Jahren auf sich warten läßt und die Beamten und Gemeindevorarbeiter seit dem 1. Oktober 1927 einen reichsgesetzlichen Anspruch auf diese Erhöhung haben. Die Vorschläge des Finanzausschusses zum Besoldungsplan, sowie der dementsprechende Nachtrag zur Besoldungsordnung wird gegen die drei Stimmen der Sparteaktion angenommen. Die Bezüge, sowie der neue Tarifvertrag der Gemeindevorarbeiter werden nach den Vorschlägen des Verbandes des Staats- und Gemeindevorarbeiters ebenfalls vom 1. Oktober ab einstimmig anerkannt. Ebenso wird auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zugestimmt, die 2 Prozent Ruhegehaltszulage zu Lasten der Gemeinde zu übernehmen.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird einstimmig beschlossen: einen Ausschuß einzusetzen zwecks Aufnahmen von Verhandlungen über eine Vereinigung der Gemeinde Deißh-Martkeberg und Gaußh. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Gemeinden drängen geradezu nach einer Zusammenlegung. Auch ist kleinlicher Krämergeist und Ortspartikularismus in manchen Köpfen vorhanden, welche den Verschmelzungsgedanken nicht erfassen können.

Die Abrechnung über den Neubau Koburger Straße ergibt die Summe von 114 000 Mark. Festgestellt wird, daß eine Uebersteuerung des Neubaus nicht vorliegt. — Dem Gesuch der Deißh-Gaußher Zeitung, die amtlichen Bekanntmachungen gegen Bezahlung aufzunehmen, wird nicht zugestimmt.

Der Jahresbericht der Gemeindevorwaltung liegt vor. Aus demselben ist zu erwähnen, daß 108 Gemeindevorordneten- und Ausschuhstellungen mit 904 Beratungsgesandten notwendig waren. Die Vermögensaufstellung ergibt ein Vermögen von 912 702 Mark. An Schulden stehen 404 208 Mark gegenüber, so daß ein Reinerwerb von 418 496 Mark zu verzeichnen ist. Die Vermögenslage ist als gut zu bezeichnen. Die Zahl der Wohnungs-suchenden ist auf 200 angewachsen. In die Dringlichkeitsliste sind 27 aufgenommen. Die Bautätigkeit am Orte war flau. Der private Wohnungsbau wurde nur durch zwei Einfamilienhäuser getätigt. An gemeindeeigenen Wohnungsbauten wurden im Jahre 1927 drei Häuser mit zusammen 20 Wohnungen fertiggestellt. Bemerkenswert ist noch, daß 95 Kleinaustritte in Gaußh erfolgt sind. Auch die Arbeiter-Samariter-Kolonie ist im Jahresbericht mit 528 Diensten und 204 behandelten Unfällen erwähnt. 183 Fälle wurden dem Arzt überwiefen.

Der Jahresbericht soll allen Einwohnern zugestellt werden. Für unsere Genossen besteht auch die Gelegenheit, den Jahresbericht aus unserer Ortsvereinsbibliothek zu entleihen. Er enthält allerhand Wissenswertes.

Luanzh. SPD. Unseren Mitgliedern und Gästen zur Beachtung, daß das Vereinslokal Kasino von Montag, den 27. bis Mittwoch, den 29. Februar, wegen Inventur und Einweisung eines neuen Bewirtschafters geschlossen bleibt. Am 1. März erfolgt die Neueröffnung. Von diesem Tage ab ist das Vereinslokal auch in den Tagesstunden geöffnet.

Tausch. Montag, den 27. Februar 1928, 19.30 Uhr, spricht der ehemalige römisch-katholische Priester Anton Krenn aus Wien über das Thema: „Kann uns das Christentum erlösen“, im Saale des Schützenhauses zu Tausch. Einwohner von Tausch und Umgegend, erscheint recht zahlreich zu dieser wichtigen Versammlung. Nach dem Vortrage findet freie Aussprache statt. Die Geißlichen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

er **Rauhof**. Kinderquieken — ruhestörender Lärm. Ein eigenartiger Strafprozeß beschäftigt in der Revisionsinstanz das Oberlandesgericht Dresden. Die drei Tugens des Kaufmanns Bleiweiß in Rauhof sollen fortgesetzt im elterlichen Grundstück durch lautes Schreien und Quieken die Ruhe der Nachbarschaft gestört haben. Nach Zeugnisaufnahmen handelt es sich dabei nicht um ein gewöhnliches Quieken, wie man es oft bei Kindern beobachten kann, wenn sie hochast oder wütend sind, vielmehr sind die Kinder mit einer besonderen Quiekgabe behaftet; sie quieken wie ein Ferkel und bei jeder Gelegenheit. Gegen die wider sie erlassenen Strafverfügungen wegen Uebertretung von § 360 Ziffer 11 des StGB erhoben die Eltern Einspruch mit dem Erfolge, daß zwar der Vater vom Amtsgericht Grimma freigesprochen, die Mutter jedoch zu 60 Mark Strafe verurteilt wurde. Nach den Ausführungen des Amtsgerichts sind Eltern und Erzieher von Kindern verpflichtet, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Während der Vater infolge seines Berufs oftmals von Hause abwesend sein möge, habe mindestens die Mutter das Quieken und Bellen ihrer Kinder zum Teil gehört und in Abwesenheit ihres Mannes die Pflicht gehabt, dagegen einzuschreiten. Zumgunsten der Angeklagten wurde berücksichtigt, daß sich das ruhestörende Verhalten der Kinder auf einen längeren Zeitraum erstreckt hat. Die Revision der Angeklagten hemängelte das Urteil insofern, als es ausführt, die Angeklagte habe das Quieken hören müssen, nicht aber festgestellt, daß sie es tatsächlich gehört hat. Das Oberlandesgericht hat das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurückverwiesen. Der äußere Tatbestand sei zwar einwandfrei festgestellt, nicht aber der innere. Die Angeklagte sei nur dann strafrechtlich verantwortlich, wenn sie erwiesenermaßen von dem Quieken Kenntnis gehabt und es trotzdem geduldet habe. In dieser Beziehung seien aber die Feststellungen des Amtsgerichts nicht erschöpfend. Die dauernde Beschäftigung mit den Kindern reiche noch nicht zu der Annahme aus, daß die Angeklagte auch wirklich das Quieken gehört hat. Weiter sei auch nicht festgestellt, ob das Quieken im Einzelfalle ungebührlich war.

Der „Fall“ wird also nochmals das Amtsgericht beschäftigen.

Bei **Nieren- und Blasenleiden** wirkt mit bestem Erfolge Lauensteins Wildruher Tee und Tabletten. Allein echt König-Salomo-Apotheke, Grimmaische Straße 17

Sächsische Angelegenheiten

Weber zum Etat

Herr Weber, der derzeitige Finanzminister Sachsens, hat am Sonnabend in einer Presskonferenz über den sächsischen Etat gesprochen. Er hat es dabei fertiggebracht, den Etat mit 21,4 Millionen Mark Defizit noch als einen Erfolg der Koalition hinzustellen, weil nämlich sein vorjähriger Etat sogar 31 Millionen Mark Defizit aufwies.

Auffallend stark zurückgegangen sei der Ertrag der Staatsgüter. Er meinte, daß sich darin die Notlage der Landwirtschaft widerspiegeln. Auch bei den gewerblichen Betrieben gäbe es, mit Ausnahme der Münze, nicht einen einzigen, bei dem ein Gewinn hätte eingefehlt werden können. Dagegen ergäbe sich bei den sächsischen Werken eine Verzinsung des investierten Kapitals mit 6 Prozent.

Zu den Steuern sagte der Minister, daß in diesem Jahre mit einem Gesamteinkommen von 24,6 Millionen Mark gegenüber 23,3 Millionen Mark im Vorjahre zu rechnen sei. Das sei also ein Mehr von 8,3 Millionen Mark. Der Ertrag der Landessteuern stelle sich auf 94, der der Reichsteuern auf 151 Millionen Mark. Bei den Grundsteuern sei mit einer mäßigen Steigerung zu rechnen, da die Löhne der gewerblichen Raumwirtschaft sich in einer Steigerung der Mieten ausdrücke und der Wert der Grundstücke erhöht werde. Die schwer umkämpfte Löhnerhöhung habe also für den Staat ein finanziell günstiges Ergebnis.

Weiter wies Weber darauf hin, daß man mit eiserner Konsequenz überall Ersparnisse vorgenommen habe. Wesentliche Ersparnisse seien bei der produktiven Erwerbsloosensfürsorge möglich gewesen, bei der man statt 20 nur 15 Millionen Mark eingesetzt habe. Zur Finanzlage erklärte er, daß die Regierung von den bewilligten Anleihen bisher nur 94,5 Millionen Mark ausgenommen habe, und zwar lediglich zur Fundierung der vorhandenen schwedischen Schulden und zur Deckung des Bedarfs im außerordentlichen Etat. Der Betriebsmittelkredit von 30 Millionen Mark sei 1927 nicht in Anspruch genommen worden.

Von Einzelangaben interessierten noch, daß für die Landwirtschaft eingesetzt sind 3,4 Millionen Mark, für Handel und Gewerbe 8,4 Millionen Mark, für soziale Zwecke 27,7 Millionen Mark.

Die Unterstützungsmittel für Beamte sind trotz Erhöhung der Gehälter in derselben Höhe von 1,4 Millionen Mark eingesetzt.

Für Kunst und Wissenschaft werden 22,5, für die Volksschulen 83,3, für die höheren Schulen 8,6, für die Ober- und Aufbauschulen 4,5 und für die Hochschulen 18,8 Millionen Mark angefordert. Das gesamte Volkswirtschaftswesen erfordert rund 90 Millionen Mark.

Eine außerordentliche Steigerung haben die Ruhegehaltslisten erfahren. Sie sind von 17,5 Millionen Mark im Jahre 1914 auf 56,5 Millionen Mark gestiegen. Dabei ist die Zahl der Pensionsempfänger in demselben Zeitraum nur von 11.700 auf 17.550 gestiegen. Zum Schluß sagte der Minister, daß die Etatslage für dieses Jahr günstig sei. Man befände sich finanziell auf dem Wege der Besserung, und bekäme Sachsen das, was es an Steuern vom Reich zu beanspruchen hätte, und wenn es nur einigermaßen entsprechende Vergütung für den Wert der verkauften Eisenbahnen erhielte, dann würde man ohne weiteres in der Lage sein, den Etat zu balancieren und der Wirtschaft wesentliche Steuererleichterungen zu bringen. Das Staatsvermögen betrage 764 Millionen Mark.

Leipzig im sächsischen Etat

Für die Leipziger Messe sind im Etat 200.000 Mark als Zuschuß vorgesehen. Im vorjährigen Etat waren 100.000 Mark eingestellt, die Summe wurde aber auf 200.000 Mark erhöht.

Für Neubauten an der Universität Leipzig sind vorgesehen: 1. Alter und letzter Teilbetrag für den Neubau der Universitäts-Frauenklinik in Höhe von 984.000 Mark.

2. Letzter Teilbetrag für die Medizinische Klinik im Krankenhaus St. Jakob 406.000 Mark.

3. Dritter Teilbetrag für die Orthopädische Klinik eine Million.

4. Als vierter Teilbetrag für den Umbau der Universitätsbibliothek 110.000 Mark.

Für Professorenwohnungen als zweiter Teilbetrag 10.000 Mark. 78.400 Mark für Geländeerwerb zum Bau des Schwefel- und Angestelltenhauses der Frauenklinik.

Für den Umbau der alten Frauenklinik zur Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten 400.000 Mark als ersten Teilbetrag. 70.000 Mark für das Pathologische Institut, 35.000 Mark für die Nervenklinik, 60.000 Mark für die Universitäts-Turnhalle in der Löhrstraße, 16.000 Mark zum Geländeerwerb für die Versuchswirtschaft auf Oberholz, 20.000 Mark für Erneuerung der Straßendecken bei der Anstalt

Dösen (sechster Teilbetrag), 200.000 und 75.000 Mark für Neubauten in Dösen.

Die Universität Leipzig erfordert einen Zuschuß von 10,7 Millionen Mark, das sind 2,4 Millionen mehr als im Vorjahre. Für das Pädagogische Institut zu Leipzig sind 173.000 Mk. Zuschuß — 187.900 Mk. mehr — eingestellt.

Partei und „Heimatsdienst“

Entscheidung des Landesauschusses für sozialistische Bildungsarbeit Sachsens.

Der Landesauschuss für sozialistische Bildungsarbeit Sachsens hat sich auf Grund verschiedener Anträge aus dem Lande veranlaßt, Klarheit über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Bestrebungen des sogenannten „Heimatsdienstes“ zu schaffen. Er nahm einstimmig folgende Entscheidung an. Diese Entscheidung fand die Zustimmung der Parteinstanzen der vier Bezirke Sachsens. Sie wird hiermit der Parteigenossenschaft als Richtlinie unterbreitet.

„Die Landeszentrale für „Heimatsdienst“ hat neuerdings Veranlassungen getroffen, die einen offenen reaktionären Charakter tragen. So hat nach einem Bericht der Plauerer Volkszeitung vom 11. November 1927 ein Ministerialdirektor Dr. v. Schönbeck einen Vortrag gehalten, in dem er die Rückkehr zur altbewährten Zoll- und Handelspolitik als den einzigen Weg zur Herbeiführung des „alten Zustandes“ bezeichnete. Die Agrarfrage, so forderte er, müßten ausreichend gestaltet werden. In Zwickau sprach am 12. November in einer Veranstaltung des „Heimatsdienstes“ der bekannte Anexionist Dr. Koberbach, und in Frankenberg trat als Redner der deutsch-nationale Kommunistenführer August Löffel auf. So wird unter dem Deckmantel neutraler Bildungsarbeit mit Hilfe rechtsradikaler Redner eine Agitation geleistet, die sich direkt gegen die Ziele der Arbeiterbewegung richtet und deren Kampfgestalt untergräbt. In Sachsen wird der „Heimatsdienst“ hauptsächlich beherrscht von Mitgliedern der USP. Daß hin und wieder zur Verschleierung der rechtsradikalen Agitation des „Heimatsdienstes“ Gewerkschaftler und Sozialdemokraten zu Vorträgen herangezogen werden, vermag an der Tendenz des „Heimatsdienstes“ nichts zu ändern. Der Landesauschuss für sozialistische Bildungsarbeit Sachsens sieht sich daher verpflichtet, die Parteigenossenschaft vor der Unterstützung und dem Besuche der Vorträge und Kurse des „Heimatsdienstes“ zu warnen.

Sozialdemokratische Anträge

Gebührennachschuß und Krankentassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag im Landtag eingebracht:

Nach einer Veröffentlichung der Staatszeitung vom 22. Februar 1928 hat das Ministerium des Innern mit Wirkung vom 1. Februar 1928, daß die Beschränkung der sächsischen Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte vom 15. September 1924 aufgehoben wird. Die nunmehr erfolgte völlige Beseitigung dieser Beschränkung bedeutet eine schwere Benachteiligung der Krankentassen, die nur durch eine Beitragserhöhung oder durch Einschränkung der Leistungen ausgeglichen werden kann.

Wir beantragen: der Landtag wolle beschließen: die Verordnung des Ministeriums vom 22. Februar 1928 rückgängig zu machen.

Antrag auf Aufhebung der Vorkerungsverordnung.

Zur Vorkerungsverordnung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die „Sächsische Verordnung über die Vorkerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 6. April 1927“ mit Wirkung vom 10. April 1927 für das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen aufgehoben.

Gesetz über den Geldentwertungsausgleich.

Ein sozialdemokratischer Änderungsantrag lautet:

Die Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten hat große Teile der arbeitenden Bevölkerung in schwere Notlage gebracht. Ein Ausgleich durch Lohnerhöhungen ist noch keineswegs geschaffen. Die steuerfreie Einkommensgrenze ist für Lohn- und Gehaltsempfänger völlig unzulänglich geregelt. Besonders unter den gegenwärtigen Mietverhältnissen leiden die aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschiedenen Opfer des Krieges und der Arbeit.

Deswegen beantragen wir: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, das Gesetz über den Geldentwertungsaus-

gleich bei beakten Grundstücken vom 15. April 1926 wie folgt zu ändern:

1. die in § 4 Abs. 2 vorgesehene Grenze des steuerfreien Betrages für die Zahlung der Mietzinssteuer erhöht sich von 2800 Mk. auf 3200 Mk.;
2. durch besondere Härtebestimmungen ist dafür zu sorgen, daß bei der Berechnung der Mietzinssteuer die Unterstützungslage der Arbeits- und Kriegsinvaliden, Altersrentner usw. außer Betracht bleiben.

Die Folgen des Staatsgerichtshofsurteils

Wie berichtet wurde, hat sich die preussische Regierung entschieden, das preussische Wahlgesetz den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes anzupassen. Das ist eine Folge der bekannten Urteile des Staatsgerichtshofes. Sachien wird sich diesen Notwendigkeiten ebenfalls anpassen müssen, obwohl die sächsischen Reaktionen aller Schattierungen heute noch glauben machen wollen, daß sich aus den Staatsgerichtshofsurteilen keine Konsequenzen für Sachsen ergeben würden. Diese Täuschungsmanöver führen die Reaktionen nur durch, um ihre Vorbereitungen zur Landtagswahl in aller Stille treffen zu können und die Arbeiter zu überrumpeln. Das wird ihnen aber nicht gelingen.

Wie die Kommunisten „marschieren“

Das Sächsische Volksblatt in Zwickau meldet, daß die Organisation der KPD im Zwickauer Bezirk bereits sieben eigene Ortsgruppen besitzt, und zwar in Zwickau, Planitz, Steinpleiß, Auerbach i. B., Rodewisch, Falkenstein und Lengsfeld. Geleitet und inspiriert wird die Bewegung von einem jungen Rotfrontler namens Andrejewski, der durch die Hindenburg-Amnestie aus dem Gefängnis entlassen wurde, wo er wegen einer Handlung während der Kapp-Putsch-Kämpfe, die ihm von der Justiz als Raub ausgelegt wurde und deren politischen Charakter man erst später anerkannte, fünf Jahre zugebracht hat. Er macht den Parteibonzen der moskaukommunisten KPD erheblich zu schaffen. Ihre Taktik, ihn und seine wachsende Anhängerzahl totzuschweigen, dürfte bald keinen Erfolg mehr haben.

Siehe Bericht zum weiteren „Vormarsch“.

Küttlich stellvertretender Präsident des Landesarbeitsamtes. Nach einer Mitteilungsmitteilung aus Berlin hat das Reichsarbeitsministerium zum stellvertretenden Präsidenten des Landesarbeitsamtes Dresden den Direktor des bisherigen sächsischen Landesamts für Arbeitsvermittlung, Oberregierungsrat Küttlich, vorgeschlagen. Der Vorschlag ist vom Vorstand der Reichsanstalt bereits genehmigt worden.

Dresden. Eine Liebestragödie. In selbstmörderischer Absicht hatte ein Liebespaar in der Dresdener Heide Gift genommen, weil die Eltern die Verbindung der jungen Leute nicht billigten. Ehe Hilfe kam, war der junge Mann dem Gift erlegen, während sich das Mädchen außer Lebensgefahr befindet.

Meißen. Der gefährliche Hund. Auf einer Probefahrt mit einem neuen Motorrad sprang ein Hund dem Fahrer ins Rad. Dabei erlitt der Radfahrer einen schweren Schädel- und Unterleibserbruch.

Freiberg. Von einem zusammengebrochenen Kran getötet. Auf dem Bahnhof Wienmühle brach die Brücke eines Lastwagens zusammen. Dabei wurde der Kranführer getötet.

Zwickau. Zu Tode geschleift. In Roda gingen die Pferde eines Geschirrführers durch. Der Geschirrführer hielt die Zügel fest, stolperte und wurde ein Stück geschleift. Wo er die Zügel verlor, ging ihm der Wagen über den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Grimma. Die Entlassung der letzten Seminaristen. Das älteste sächsische Lehrerseminar hat seine Pforten für immer geschlossen. Es wurde am 8. Oktober 1888 gegründet. Am Sonnabend wurden die letzten Seminaristen entlassen. Insgesamt sind in dem Seminar etwa 2500 Lehrer herangebildet worden.

Halsentzündungen und Erkältungen

Zum Schutz gegen Grippe

Panflavin

PASTILLEN

GRÜNDUNG IN APOTHEKEN U. DROGERIEEN
(Pflanzl. Pastillen, 22 Dornen - 16 Wafeln - 1000 Stück)
Mark 222 mit Name und Foto des Panflavinisten.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Poulaille.

51] Copyright by Paul Schönan Verlag, Wien.

Wenn man es wagte ... wenn man es wagte ... und man wüßte noch schneller herum, um es nicht zu wagen, um nicht der Stimme des Tieres zu gehorchen, die nur den Wunsch hat zu wagen ...

Das erzeugt Fieber, aber obgleich es das Blut aufspritzt und die Nerven aufricht (vielleicht gerade deshalb), ist es ein gutes Fieber.

Sie hatten Paris der Länge und der Breite nach durchquert, von oben bis unten, hatten da und dort getanzt, sich auf einer Terrasse ausgeruht und ein Glas getrunken, und so immer wieder. Nachdem sie es fünf oder sechs Stunden so getrieben hatten, sanken ihnen die Knie ein.

„Wir wollen auf die großen Boulevards gehen und dort noch einen Augenblick bleiben“, sagte Magneux. Obgleich es schon neun Uhr war, hatten sie keinen Hunger.

„Wir werden abends zu Hause essen“, sagte Jeanne. „Ich habe heute morgen Einkäufe gemacht.“

Niemand schien übrigens Hunger zu haben. Die Tische in den Restaurants waren nur von Trinkern besetzt.

„Freude ernährt“, meinte Jeanne.

„Ja“, nickte Magneux, der unfähig war, in diesem Augenblick auch nur den geringsten Gedanken zu fassen.

Man war so viel gelaufen, hatte so viel getanzt, und er besondres hatte so viel getrunken.

Endlich erreichte man die großen Boulevards.

„Hier gibt's Menschen!“ stellte er fest.

„Wir hätten lieber nicht hierher gehen sollen“, meinte Jeanne. „Über das war nur so hingefahren. Die Müdigkeit lähmt jeden Willen.“

Sie ließ sich von ihrem Mann führen.

Die Boulevards erstreckten sich vor ihnen in gerader Linie, saßen kaum die sich drängende Menge. Auch hier wieder das gleiche Gemüht wie überall.

„Man möchte kaum glauben, daß es so viele Gefallene gibt!“ bemerkte ein sonnig gelblicher Arbeiter, ohne seiner eignen Bemerkung irgendwelche Bedeutung beimessen. Seine Frau erwiderte in demselben Tone:

„Es sind so massenhaft viel Fremde da.“

Der Verkehr war außerordentlich stark. Alles vermischte sich, die Supen der Autos kreischten unausgesetzt ohrenbetäubend, überlitten die lautesten Unterhaltungen, Schreie und Rufe. Zuweilen wurden Flüche laut. Dann gewannen die Stimmen der Freude wieder die Oberhand, Kinder schrien, Frauen gluckten, Gelächter, Gesänge.

Das Materielle fehlte nicht, wer aber hätte in dieser Stunde an das Materielle gedacht! Leute in Sonntagskleidern mischten sich

mit Aristokraten von reinstem Geblüt. Die Stammgäste der Boulevards stießen auf Massen von Provinzlern — es war, als sollte ein Ausgleich versucht werden.

Plötzlich tauchten etwa zwanzig Studenten aus der Straße Monmartre auf, gerade in dem Augenblick, als Magneux und seine Frau über den Fahrdamm schritten.

Das Parrett auf dem Kopf, immer zu vierten, Arm in Arm, trugen sie soviel wie nur möglich dazu bei, die ohnedies herrschende Enge noch zu vergrößern. Vergebens wurden Verwünschungen laut. Ungerührt setzten sie ihren Weg fort, sangen ihr Lied und trohten allen Rippenstößen:

„Ah, sie mühten nicht, sie mühten nicht hingehen, Ah, sie mühten nicht, Sie mühten nicht hingehen.“

„Wer sie? Wohin gehen?“ fragte sich Magneux plötzlich, wie aus einer Benommenheit zu sich kommend.

Und sein geheimes Haß gegen die Studenten, sein im Grunde neidvoller Haß, kam beinahe zum Ausbruch. Es gelang ihm noch, sich zu beherrschen.

„Sie wissen nicht, warum sie dieses alberne Kinderlied singen, es ist keine Anspielung dabei. Sie“ — sind nicht die Toten (aber warum dachte er plötzlich an die Toten?). Wer denkt heute an sie!“

Dennoch schneit der Gesang der Studenten einige der Festlichnehmer unangenehm berührt zu haben, ihre Gesichter zeigten es.

„Dummköpfe, Gassenbuben ...“ schleudert man den Schreihälften entgegen.

(Es gibt doch Worte von harter Rejonanz!)

Endlich hatten sich die Studenten einen Weg gebahnt, und ihre Stimmen verloren sich im allgemeinen Straßenlärm.

„Wollen wir nicht nun endlich aufhören, uns durchzuquetschen?“ fragte Jeanne erschöpft.

Vor ihnen zankte sich eine Gruppe junger Leute, die anscheinend betrunken waren. Zwei Burken hielten ein kleines Ladenmädchen.

„Ihr seid wahnsinnig!“ gluckte die Kleine. „Hört auf!“

„Diese vielen Leute machen mich traurig“, rief Jeanne fort.

„Du hast recht, wir wollen hier einkehren“, stimmte Magneux zu.

Man hat nur die Qual der Wahl. Die Fenster der Läden und Restaurants strahlen in funkelndem Glanz. Die Lichtschilder, die Myriaden von Lampen verzaubern die Nacht. Es ist wie ein ungeheures Blendwerk. Die leuchtenden Buchstaben, die bunt glänzenden Streifen, die blau, gelb und grün schimmern, das Gleiten der elektrischen Ruppen, die beiden Lichtbänder, die abwechselnd aufflammen und verlöschen, all das Phantastische dieses sich ständig erneuernden Lichtmeeres scheint auf die schwarze Tafel der niederstinkenden Nacht den unbegreiflichen Namen dieses todbenden, heulenden, freisenden Freudenkamels einzuschreiben.

Aber vergöblich bemühen sich Magneux und seine Frau um

einen Platz in einem der Restaurants ringsum. Es ist alles besetzt. „Kein Unterkommen“, sagt er.

Tatsächlich sind die Terrassen überfüllt. Vor ihnen liegt ein großes Wirtshaus. „Versuchen wir, hier Platz zu finden“, schlägt Jeanne vor, „vielleicht gibt es im ersten Stock noch einen freien Tisch.“

„Eine gute Idee“, meint Magneux, „da ist Musik ... Kommt!“

Aber diese Menschenmenge. Raum kommen sie durch den großen Saal hindurch. Das Orchester spielt einen Modewalzer. Diese anprahlende Musik ist geradezu eine Erholung nach dem Straßenlärm!

Sie steigen hinauf. Eine schmale, fast senkrechte Wendeltreppe, kaum zwei Meter breit.

„Fische Weiber“, flüchelt Magneux, „nette Weiber!“

Jeanne lächelt.

„Er fährt fort: „Hast du den Kerl mit dem Fragezeichen als Kopf gesehen?“

Er ist auf einer Stufe stehen geblieben und macht sich den Spott auf die Menge unten hinabzusehen. Die Kellner schlängeln sich hindurch, ihr Tablett geschickt hoch über dem Kopf balancierend. Das Gleichgewicht grenzt an Wunderbare. Das belüftet ihn, aber Jeanne wird ungeduldig.

„Kommt doch“, sagt sie und stößt ihn an.

Verdrießlich gehorcht er.

„Sieht du nicht, daß wir im Wege sind?“

In der Tat sind ihnen mehrere Personen, schimpfend, auf der schmalen Treppe begegnet.

Nun sind sie im ersten Stock. Ein Kellner kommt ihnen entgegen.

„Zwei Plätze, meine Herrschaften? Bitte, folgen Sie mir!“

Soweit er sich auch umsieht, es ist alles besetzt. Sie bleiben einen Augenblick an ihrem Platz stehen, während ihr Führer eine Stelle ausfindig zu machen sucht, wo er sie unterbringen kann. Dem inquisitorischen Blick des Kellners gelingt es denn auch, einen Tisch zu entdecken, an dem nichts mehr vorbeizieht wird. Dorthin lenkt er seine Schritte. — „Die Herrschaften sind fertig?“ — Die Leute brochen auf, gehen fort. Es ist keine Zeit ungenützt vergangen.

„Meine Herrschaften, hierher!“ kreit er und hebt den Arm in der Richtung, wo Magneux und seine Frau stehen.

„Sie wünschen?“

„Eine Flasche Chablis“, flüsterte Jeanne.

Er nickt.

„Schön.“

Sie sitzen, haben bald ihre Flasche Wein vor sich.

Niemand scheint darauf zu achten. Man schwagt ganz laut, man lacht, man trinkt. Man ist hier, um sich die Zeit zu vertreiben. Worauf man jetzt wartet, ist, daß die Stunden vergehen. Jeder hat die Seine.

(Schluß folgt.)

Als deutscher Maurer in Belgien

Von Kurt Wölfe, Brüssel.

Man darf nicht erwarten, daß ich irgendwelche Jagdgeschichten, zum Beispiel von der Jagd auf Löwen, die in zahlloser Fülle an allen öffentlichen und königlichen Gebäuden von Brüssel prangen, erzählen will. Das ist natürlich nicht möglich, weil es diese Tiere nie in Belgien gegeben hat, die man aber als Schmutz und Sinnbilder in allen nur möglichen Variationen, in Stein und Holz, hier sehen kann.

Es bleibt mir also nichts anderes übrig, als aus dem gewöhnlichen Leben und Treiben belgischer Menschen zu erzählen. Warum immer von dem Außergewöhnlichen sprechen und von dem Gewöhnlichen nie etwas hören? Also vom Arbeiten drum. Das ist etwas Gewöhnliches und Bekanntes.

Ich bin Maurer von Beruf und erhielt nach langem Warten und nach Erfüllen einer Unmenge polizeilicher Vorschriften auf dem Arbeitsnachweis von Brüssel den ersehnten blauen Zettel mit der Angabe des Unternehmers. Warten hatte ich solange müssen, weil ich kein französisch konnte und man mir einen Bosh suchen mußte, der flämisch sprach. Nun, ich hatte einen gefunden, und weil es schon spät war, mußte ich mich beeilen, wenn ich zur angegebenen Zeit, wo man sich vorstellen sollte, an dem angegebenen Plage sein wollte.

Da es ein weiter Weg war, hatte ich Zeit, mit noch einmal alle Entfernungen durch den Kopf gehen zu lassen, für den Fall, daß der Unternehmer etwa Schwierigkeiten machen sollte, weil ich Deutscher war. In Deutschland und in Holland hatte man mir soviel von dem Deutschenhaß der Belgier erzählt, daß man glauben mußte, dort überhaupt nicht leben zu können. Ich kam von De Haag nach Brüssel und wollte nun einmal sehen, was an diesen von den deutschen Nationalisten ausgekauften Dingen richtig war. Ober waren sie vielleicht nicht aufgekauft?

Hatten mir doch selbst ganz und gar sozialistisch eingestellte Holländer, die lange Zeit in Belgien gearbeitet hatten, von dem Nationalismus und der Vergeltungssucht der Belgier erzählt. Viele warnten mich, Arbeit anzunehmen, denn gerade die gewöhnlichen Arbeiter wären die schlimmsten, weil sie die Unentwideltesten, bessef gesagt, die Dummsten wären. Es sind wohl viele Deutsche in Belgien, doch die meisten als Kleinbauern oder Geschäftsleute, sicherlich die wenigsten als einfache Arbeiter. Darum war es mir riesig interessant, hier Arbeit zu bekommen, wenn auch die Lebensverhältnisse mindestens zweimal so schlecht sind wie in Deutschland; ganz abgesehen von dem mangelhaften Unfallchutz und sozialen Versicherungen.

Ich stellte mich vor, wurde anstandslos angenommen und hatte mich am anderen Tag früh 7 Uhr auf einem großen Bau einzufinden.

Es ist immer ein unbehagliches Gefühl, wenn man an einem Werk neu beginnt. Vor allem für mich. 19 Jahre alt, mit deutschem und holländischem Werkzeug, mangelhaften Sprachkenntnissen, aber mit festem Mut, oder vielmehr durch die Umstände gezwungen, ging ich am anderen Morgen an mein Werk. Ich hatte so gut wie keinen Cent mehr in meinem Sack.

Nachdem man seine Sachen in irgendeiner Ecke aufgehängt hatte, kletterte da irgendwo ein Poller, und das Arbeiten begann. Es waren ungefähr 30 Menschen, die hier arbeiteten, und alle betrachteten mich mit so seltsamen neugierigen Augen, daß ich mich arg zusammenschließen mußte, um vollkommene Gleichgültigkeit vorzutäuschen. Es hatte sich natürlich schnell herumgesprochen, daß ich Deutscher war, und außerdem konnten sie es an meinem Werkzeug sehen, daß ich nicht von hier war. Denn während die anderen Maurer einen großen Sack mit sich umhertrugen, hatte ich meine Kelle, Hammer und Wasserwaage unter dem Arm. Viel Zeit blieb mir nicht, mich umzusehen; mit einem älteren Maurer wurde ich an einen großen Keller gestellt, den es nun hochzumauern galt. Mit Feuerzettel machte ich mich an die Arbeit, als ginge es darum, Deutschlands Ansehen zu retten, doch die Hauptfrage war zu zeigen, was ich konnte. Ich spürte richtig die vielen, teils neugierig, teils spöttisch blickenden Augen auf mir ruhen. Schon nach wenigen Minuten hatte ich eingesehen, daß hier mit deutscher und holländischer Arbeitsmethode nichts anzufangen war, daß es galt, die belgische sich anzueignen. Doch dies ist leichter gesagt als getan. Zeit zum Lernen hat man nicht. Dauernd steht der Poller, oder hier sogar zwei, hinter einem, schauen zu, lachen, unterhalten sich französisch, machen die Gebärde des schneller Arbeitens, und wenn ich aufhaupte, sah ich wieder die vielen spöttischen Augen. Da stieg in mir der Trotz hoch, mochten doch die Menschen lachen, mochte ich den verfluchten Antreiber zu langsam arbeiten, was ging mich das an. Ich war doch nicht hierhergekommen, um mich auslachen zu lassen oder um zu wüthen wie ein Tier. Eine unbegreifliche Wut über diese Menschen stieg in mir auf. Waren dies Kollegen, vielleicht Genossen, warum zeigte mir nicht einer, wie ich es machen mußte, um mitzukommen?

Am liebsten hätte ich aufgehört — aber ich mußte ja bleiben, ich hatte ja nicht einen Francen mehr. Also ich blieb und versuchte so gut wie möglich mitzukommen. Es wurde frühstück, Mittag, Feierabend. Gott sei Dank, der erste Tag war vorüber. Ich glaube, während der ersten zwei Tage hat kein Mensch, natürlich das notwendige ausgenommen, mit mir gesprochen. Alle gingen um mich herum, wie um etwas Fremdes, Unbekanntes, und erst viel später ist mir klar geworden, warum das so war. Nur dann und wann konnte ich aus erlauteten Gesprächen erfahren, daß die Rede von mir war. Oder ich hörte einen das Deutschlandliches pfeifen, oder: Lieb Vaterland, mußt größer sein singen. Mit der Zeit lernte ich das Arbeiten hier und nach und nach auch die Flämischsprache besser verstehen. Zuerst kam ich mit einem Holländer zusammen. Ihn verstand ich am besten, und so wurden wir bald gute Freunde. Damit war auch der Bann gebrochen mit den anderen Arbeitern. Bald kam dieser und jener zu mir und erzählte meist von Gelangenschaft oder von früherem Aufenthalt in Deutschland; und merkwürdig, alle diese Menschen hatten nur gutes zu erzählen, auch andere, die als Besatzungstruppen im Rheinland gewesen waren, hatten nicht das geringste gegen mich oder gegen Deutschland überhaupt.

Und doch klang auch hier, wenn auch leise, eine Frage durch, die vor allem später immer bedeutungsvoll für mich war, nämlich

die Frage, die ich immer und immer wieder hören und beantworten mußte — ob ich den Krieg mitgemacht hätte. Weil ich nun erst 19 Jahre alt bin, konnte ich ruhig antworten: Ei ja, bei uns zu Hause mindestens soviel wie ihr. Hungerleiden und Frieren, das war unser Krieg.

Aber von allen Menschen, die an mich diese Frage richteten, hatte ich das Gefühl, als wenn sie mich fragten: Bist du auch einer von den verfluchten Boshes, die mordend und raubend in unser friedliches Land einfielen, Frauen und Kinder töteten und uns von Haus und Hof vertrieben, die Schuld an all dem unendlichen Elend sind, in dem unser Land steckt?

Und dies ist mein Eindruck, den ich erhielt während dreimonatigem Arbeiten auf den verschiedensten Bauern, meines Wohnens in einem Logement letzter Güte; daß, wenn ich auf die gestellte Frage hätte „Ja“ sagen müssen, daß ich dann viel, viel mehr Schwierigkeiten gehabt hätte als jetzt. Ja, ich glaube, daß so ein Mensch unmöglich hier arbeiten könnte. Bestimmt aber nicht in Streden, die schwer unter dem Krieg gelitten haben, z. B. Dinant, Leiden usw.

Man hat hier mit einem viel größeren Procentsatz indifferenter Arbeiter zu rechnen als in Deutschland, und die fragen nicht nach den wirklichen Zusammenhängen, sondern sie haben die Grausamkeit der deutschen Soldateska gestüßt und fühlen sie noch und können darum nicht vergessen und vergeben. Hier findet natürlich auch die katholisch-nationalistische Bewegung ihren günstigen Nährboden. Das ist vor allem in Flandern der Fall. In den großen Städten dagegen, die nicht so sehr unter dem Krieg gelitten haben, ist zum größten Teil der Krieg vergessen und die Arbeiter zu unentwickelt, um Deutschenhaß zu predigen. Und wenn ich anfangs Zeit hatte mit den Belgieren, dann auch nur darum, weil mindestens 80 Prozent von den Arbeitern von außerhalb Brüssels kamen.

Es gibt natürlich auch Menschen, die am liebsten alle Deutschen hängen möchten. So lernte ich einen Poller kennen, der mich dauernd mit Boshes ansprach, und die meisten Arbeiter machten es ihm nach. Als ich mich einmal deshalb beschwerte, wurde er ganz wild. Auf mein Reden, daß ich doch nicht das geringste für den Krieg könnte, erwiderte er kaltblütig: In deinen Adern ist deutsches Blut, und dies macht auch dich schuldig. Das sagt natürlich nicht dieser eine Mensch, sondern das ist die Einstellung der belgischen Nationalisten überhaupt. Wo solche Elemente in der Mehrheit sind, da ist es natürlich nicht gerade plätscherlich.

Dann erinnern sie sich plötzlich wieder an der gemeinen und gemeinlichen Redensarten, die die deutschen Soldaten hier anwandten, sicherlich, um ihre kulturelle Höhe zu demonstrieren und die unvergleichlich in die Hirne der Belgier eingedrungen sind. Damit beglücken sie dann einen, der Schweinehund und Souleuf sind dann immer noch die jarresten Ausdrücke.

Da müßt kein Protestieren etwas, und das beste ist, man laßt mit den Menschen über die „Wütten“ menschlichen Geistes und denkt das beste bei sich selbst.

Nun habe ich auch erfahren, warum sie zuerst so um mich herumgegangen sind. Sie haben geglaubt, ich sei ein Flüchtling, der entweder in Deutschland etwas verbrochen hat oder nicht zu den Soldaten wollte. Es ist ihnen unbegreiflich, wie ein junger Mensch so mir nichts dir nichts in die Welt hinausgeht, um auch einmal von den anderen Menschen von anderen Ländern etwas zu erfahren. So etwas wie Waise kennt man in Belgien nicht; und daß man in Deutschland nicht mehr Soldat werden muß, war ihnen das Allerneueste. So ungläubig es scheint, es ist so; von all den vielen, verschiedensten Menschen, die mir begegnet sind, wußten vielleicht 10 Prozent, daß das Soldatwerden jetzt freiwillig ist. Man hat im allgemeinen noch das vollkommen falsche Bild des Weltkriegsdeutschlands. Ja, selbst Sozialisten gegenüber muß man das neue Deutschland erst erklären. (Es ist aber auch ungläublich, was sich hier Sozialist nennt, das kommt daher, weil alle Gewerkschaftsmitglieder von selbst Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind.)

Die katholischen und nationalistischen Zeitungen, die hier meist gelesen, tun so gut wie nichts an Aufklärung über das wirkliche republikanische Deutschland. Sie lassen die Massen im Glauben an den ehemaligen monarchistischen Militärstaat und tragen sorgfältig jedes Körnchen Wahrheit über die deutschen Nationalisten zusammen, machen es zehnmal so groß und beweisen damit, wie wenig den Deutschen zu trauen ist, weshalb ungeheure Mächte die Stahlhelm- und Hitlerorganisationen besitzen, reden von Kriegsgefahr und zitieren immer wieder Hindenburg, der als bekannter Monarchist doch Repräsentant des deutschen Volkes ist. Es fällt ihnen wirklich nicht schwer, mit diesen „Tatsachen“ die Hirne der an und für sich wenig denkenden Belgier zu verkleistern und mißtraulich gegen Deutschland zu machen. Sie lassen einfach die Gegenseite, das deutsche sozialistische Proletariat, weg.

Es ist demnach verwunderlich, daß gerade die ärmsten Volksschichten, das wirkliche Proletariat, die schlimmsten Nationalisten sind? Durch die katholischen Lehrer, durch Priester unterrichtet, haben die Menschen eine wirklich sehr schlechte Schulbildung, die sie natürlich nicht jähig macht, die wirklichen Verhältnisse zu durchschauen und die sie vor allem zu einem äußerst billigen und stumpfen Arbeitstier macht.

So geschieht folgendes in einem Lande mit einer, außer im Bergbau, sehr niedrigen Arbeitslosigkeit, ja, man kann wohl sagen, mit einem guten Arbeitsmarkt, mit dauernder Nachfrage nach Facharbeitern, daß, obgleich, der Durchschnittslohn schon an und für sich sehr niedrig ist, die aus der Provinz in die Stadt stürmenden Arbeiter sich zu einem viel niedrigeren Lohn anbieten als der Tarif ist.

So kommen wir Maurer selten über einen Lohn von 4 Franc, obgleich der tariflich vereinbarte Lohn 4,80 Franc ist. Für 3,50 Franc bieten sich die von außerhalb der Stadt Kommenden dem Unternehmer an. Ihr Prinzip ist, das haben sie mir selbstverständlich, lieber 3 Franc, als überhaupt nichts. Daß mit solchen Menschen natürlich kein Rümpfen ist, versteht sich von selbst.

So kommt es, daß Belgien, trotz zahlenmäßig sehr hoher Mitgliederzahl der Gewerkschaften und der Partei, so schlechte Arbeits- und Lohnverhältnisse hat, daß der holländische Gewerkschaftsvorsitzende Stenhaus die belgischen Genossen aufforderte, dafür zu sorgen, daß Belgien nicht mehr das Land mit den schlechtesten Löhnen, nicht mehr der internationale Lohnbrüder bleibt, der es jetzt ist. Im Frühjahr sind aber große Streiks zu erwarten für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Upton Sinclair unter Zensur

Nachdem bereits das letzte große erzählende Werk von Upton Sinclair der Roman „Petroleum“, von der Zensurbehörde in Boston beschlagnahmt worden war, hat kürzlich die Bostoner Druckerei „The Rumford Press“ dem Herausgeber der amerikanischen literarischen Zeitschrift „The Bookman“ mitgeteilt, daß sie den weiteren Druck dieser Zeitschrift ablehnen müsse, weil der in der Februarnummer des Blattes abgedruckte erste Teil des neuen Romans „Boston“ von Upton Sinclair nach Ansicht des Aufsichtsrats der Druckerei einen Angriff gegen Boston und andere Gegenden von Neu-England enthalte.

Sinclair nennt sein neuestes Werk, für das er während seines Aufenthalts in Boston im vorletzten Herbst umfangreiches Material gesammelt hat, einen „historischen Zeitroman“. Die Erzählung spielt in der Stadt Boston und ihrer Umgebung und behandelt in ihrem wesentlichen Teile den Fall Sacco-Banzetti. Es ist verständlich, daß gerade dieser Teil den Unwillen des Aufsichtsrats der Druckerei erregt hat. Daneben hat man aber noch andere „anständige

Stellen“ in diesem Roman entdeckt, z. B. die Schilderung des großen Volksstreiks, in dem der ehemalige Gouverneur von Massachusetts, der heutige Präsident Coolidge, eine führende Rolle gespielt hat, ferner die Darstellung anderer Streiks, Prozesse und Buchkonfiskationen. Der Verfasser selbst sagt von seinem Buche, daß es keinen andern Heften habe als die Wahrheit. Ein Teil der in diesem Werke aufgeführten Personen, vor allem die Leute, die in der Affäre Sacco-Banzetti eine Rolle gespielt haben, ist der Wirklichkeit getreu nachgebildet und unter den wirklichen Namen ihrer Vorbilder eingeführt.

Die Zeitschrift The Bookman schrieb in einer Vorbemerkung, daß der neue Roman Sinclairs in gewissem Sinne eine Antwort des Verfassers auf die Beschlagnahme seines vorigen Werkes durch die Bostoner Zensurbehörde sei. Darüber hinaus ist das Buch eine Studie über das ganze moderne amerikanische Leben und besonders eine eingehende Darstellung des auch heute noch hin und her wogenden Kampfes zwischen den Reaktionen der reaktionären alten Partisanen-Tradition und der breiten Masse der später ins Land gekommenen Bevölkerung, die sich kaum mehr in die alten Anschauungen pressen läßt. Eine deutsche Ausgabe des Romans wird noch im Laufe dieses Jahres im Rast-Verlag in Berlin erscheinen.

Kleine Chronik

Leipziger Musik.

Einen Klavierabend, wie er nicht sein sollte, siehe uns Hanny Stoecklin aus Basel vor. Ihr fehlt alles, was man von einer Pianistin verlangen kann, Technik, Ton und Vortrag werden im schlimmsten Dilettantismus. — Der Franz Schubert mit mir leid, das H-Ross-Menue und B-Dur-Imprompju mit den Variationen erkannte man kaum wieder, über die Fantastie von E. Frey muß man ganz schweigen. Man kann der jungen Dame nur raten, ihre Schweizer Franken in ihrer schönen Heimat anders zu verwerten, als in Deutschland damit Konzerte zu geben.

„Seib gewesht“, der Sprecher von Bruno Schönlank wird zur Jugendwoche Sonntag, den 4. März, um 9 und um 11 Uhr in der Albertshalle aufgeführt. Karten zu 20 Pf. für Kinder bei den weltlichen Elternräten, Karten zu 30 Pf. für Erwachsene bei den Ortsvereinsvorständen und Kartenstellen des VVB. Künstlerische Leitung: Elisabeth Gühlsdorf. Musik: Keno (nicht Karl) Wollmann.

Schauspielhaus. Zur Messe veranstaltet das Schauspielhaus in der Zeit vom 3.—8. März täglich zwei Aufführungen: 10½ Uhr Gastspiel Eise Ebersberg; Der kleine Kuppler. 22 Uhr zum erstmalig in Leipzig das Kabarett der Komiker, Berlin, die führende Kleintunspielbühne Deutschlands.

Neues Theater. Kurt Weills Oper „Der Zar läßt sich fotografieren“, ist nach der Uraufführung am Leipziger Neuen Theater bereits zum Opernhaus in Frankfurt a. M., sowie von den Opern der Städte Düsseldorf, Altenburg, Gera und Dessau zur Aufführung angenommen worden.

Altes Theater. Der Vorverkauf für das am Freitag, dem 9. März, stattfindende Gastspiel von Rita Kietzen als Kameliendame beginnt Donnerstag, den 1. März. — Das Schauspiel beginnt für den 10. März die Erlaufführung von Bert Brechts Historie Leben König Eduards II. von England in der Inszenierung von Alwin Kronacher vor.

Neuererscheinungen der Büchergilde Gutenberg

Die „Wilde“ deren Mitglied zu sein für den wenig bemittelten Freund gelegener Bücher sehr vorteilhaft ist, beflücht ihre Anhänger wieder mit ausgezeichnetem Lesegut; verschiedenster Art, als Pflichtlektüre oder nach Wahl zu erwerben. Der niedrige Preis entspricht aus dem Zusammenschluß der Interessengemeinde.

Da ist ein Märchenbuch in Großformat zum Vorlesen für die Kleinen, zum Selbstlesen nach absolutem The-Studium. Gedruckt und Verse aus Kinderland von Karl Danz, Bom gütlich-haftigen Stern beisteilt, von Max Schwimmer weisehrlich illustriert. Ich persönlich hätte diesem hübsigen Gattiker der Zeichenfeder nicht zugetraut, daß er so mit dem Fassungsvermögen des Kindes sehen könne. Diese 60 großen, kolorierten Zeichnungen (mit 128 Seiten Buchumsang) sind nicht läppisch, nicht süßlich, nicht photographienhaft, sondern von fertig-trauer Saublichkeit, wie der Bildnertrieb von Kindern dieses Alters selbst. Das Kind bekommt Koststellungen und zugleich Anregung für die eigene Phantasie. Ich kenne im deutschen Kinderbuch nichts Gleiches von dieser pädagogisch glücklichen Art Schwimmers, nur im neueren russischen Kinderbuch ähnliches. Verse und Geschichten von Karl Danz bilden eine vollkommene Einheit mit den Bildern, geben der Märchenlust des Kindes Raum, ohne abern zu werden wie im früheren Märchen. Das Kind lernt seine Umwelt klar erkennen, aber mit dem Auge der verkäuflichen Phantasie.

Ein zweites Märchenbuch enthält aus gewählter Märchen von H. C. Andersen, dem fabelkräftigen Dänen, mit zahlreichem Bildern nach alten Holzschnitten. Da es in diesem Buche an Niesen, Prinzessinnen, Zauberern und anderer Personage des alten Märchens nicht fehlt, seien sie nur für reifere Kinder empfohlen. Sie dürfen sich an dem Erzählertalent Andersens unbedenklich erfreuen, denn ein Wortwort gibt die rechte Bille zur Betrachtung vom Standpunkte unserer Zeit und weist ausdrücklich auf die sozialen Ausblicke hin, die sich aus Andersens Märchen ergeben. Möglicht nicht für Kinder unter neun Jahren.

Von J. Travens, den die Leser der W nach dem Roman „Der Schatz der Sierra Madre“ und aus Kleinsten Erzählungen kennen, liegt der statische Band Land des Azteken vor, 430 Seiten Text mit 65 Tafeln Abbildungen. Beschreibungen von Land und Leute in Mexiko, von dem die Sierra Madre nur ein kleiner Teil ist, gesehen mit dem Auge des sozial fühlenden und ethnographisch gebildeten Menschen, geschrieben in der Sprache des Dichters. Die W brachte am 11. November unter dem Titel „Jesus in Mexiko“ einen Abschnitt im Vorabdruck. Wertvoll und soziologisch wertvoll, dabei spannend wie eine Wildwestgeschichte.

Von Jack London die einzige existierende Volksausgabe des Martin Eden in zwei handlichen Bänden. Das bisherige Selbstbewußtsein des genialen Erzählers, der aus der Tiefe des Volkes kam, zeitweilens anarchistischer Revolutionär blieb, aber zu viel von bürgerlicher Kultur gesammelt hatte, um sich nach einer bestimmten Seite einzuordnen. Ein unerhörtes mutiges Buch, von dessen künstlerischer Höhe der Blick in die beiden Bände unferre Zeit geht: in das Proletariat und in sein kapitalistisches Widerspiel. Die von der Gilde neu geplante Reihe schöner Wahlbände zu 1,50 Mark eröffnet Ludwig Anzengruber mit acht Humoresken aus dem Volksleben unter dem Sammeltitle Der Schahgräber. Man hat aus dem reichen Erzählungschatte des Dichters verständlich ausgewählt, was heute noch frisch ist.

Das zweite appetitliche Feinlektüreband hat man dem neuesten Erzähler eingeräumt. Dostoi Maria Graf, auch er ist uns vorzüglich bekannt, überflüssig sieben bisher ungedruckte Geschichten im Winkel des Lebens. Derb fällig, voll unwillkürlichen Bagatelums Graf, der ehemalige Biederstele, hat tief ins Leben geguckt und beschreibt es ohne Scheu und Konvention. Der Druck in einer kräftigen alten Schrift und hübschere Holzschnitte Walter Bergmanns verstärken den Charakter der Feinlektüre.

Kleine Kiste findet man unter diesen sämtlich unbilligen Büchern.



Werttag, Arbeitergefang und Sängertag

Vom Arbeiterfängerbund wird uns geschrieben: Woche an Woche reißt sich, Jahr an Jahr, unaufhörlich wiederholt sich der einmütig gleichlaufende Arbeitstag des Werttätigen...

Erst wenn der Werttag zu Ende geht, gehört der Arbeiter sich selbst. Viele Tausende huldigen dem Sport, oder suchen Unterhaltung. Die Arbeiter, die für künstlerische Bestrebungen Interesse zeigen...

In den Chören der Arbeiterschaft fühlt sich der einzelne als Glied eines größeren Ganzen, freudig mitwirkend an einem Chorwerk, das in den Konzerten seiner Sängergemeinschaft aufgeführt werden soll...

Arbeiterfängerinnen und Arbeiterfänger, Freunde des Arbeitergefanges, wir erwarten, daß ihr am 16., 17. und 18. Juni dieses Jahres auch beteiligt an dem in Hannover stattfindenden ersten Bundesfest der deutschen Arbeiterfänger...

Darum, auf zum Arbeiterfängertag!

Einer Woche Hammerschlag einer Woche Häufersquadern jähren noch in unsern Wern aber feiner magt zu hadern? Herzlich laßt der Sonntag.

Jüdischer Merkantilismus und Sozialdemokratie

Uns wird geschrieben: In diesen Tagen fand die Wahl der Vertreter zur Leipziger Jüdischen Gemeinde statt. Am Mittwoch wurde im Zentraltheater eine Wahlversammlung abgehalten...

Wir wissen, daß es noch eine Anzahl von Sozialisten gibt, die einem religiösen Sozialismus huldigen, der im Widerspruch zum Marxismus steht. Das ist zwar bedauerlich, aber solange diese persönliche Auffassung praktisch nicht dem Parteiprogramm widerspricht...

Innerhalb Palästinas sehen wir die Misrahi als Wortführerin aller reaktionären Elemente. Und dieser Partei gehört der Ministerialrat Genosse Dr. Gohlar an. Aus seinem Referat war deutlich herauszuhören, daß er innerhalb des Judentums den Klassenkampf ablehnt...

Mit aller Schärfe kennzeichnete in der Diskussion Genosse Blauner die Widersprüche, die bestehen zwischen den Darlegungen Gohlars und dem Programm der Sozialdemokratie. Er legte dar, daß es unvereinbar mit dem Programm und den Anschauungen der Partei sei, Religion zu einer politischen Forderung zu erheben...

Wir hätten uns mit dieser ganzen Angelegenheit zu befassen, keinen Anlaß gehabt, wenn es sich nur um eine Person handeln würde. Aber wir haben viele Sozialdemokraten, die es nicht wagen, in jüdischen Institutionen den Staub des Klassen-

Das Leipziger Stadtverordnetenkollegium hat am Mittwoch das durch den Tod des Stadtrats Bluth freigewordene Amt eines besetzten Stadtrats aufs neue zu besetzen. Die alte Gipsfigur vom Peterssteinweg, der schon vor zwanzig Jahren die Fälschervirtuosität gerichtlich attestiert wurde...

Die alten Herren der besetzten Abteilung des Leipziger Ratkollegiums werden diese Bille zur Vergiftung des Wahlaktes wohl kaum besonders freudig geschluckt haben; denn löpshafter konnte das Schriftpapier wähllich die Tendenz nicht vertreten, die besetzte Ratsteilung dauernd sozialistischen zu halten...

Die nächste Stadtratswahl kann und wird hoffentlich hierzu den ersten Schritt bedeuten. Die Leipziger Arbeiterschaft mühte denn alles vergessen haben, was ihr die Leipziger Pfefferstraße und deren Beauftragte angetan haben, um das Eindringen von Arbeitervertretern in die kommunalen Körperschaften zu erschweren...

Im Einklang mit der revidierten Städteordnung Sachsens hatte die Stadt Leipzig bis 1891 ein gleiches und direktes Wahlrecht. Das Stimmrecht war lediglich abhängig vom Besitz des Bürgerrechts, das gegen eine Gebühr von 3 Mk. erworben werden konnte...

Kampfes aufzuwiebeln, die der Auffassung sind, daß im Judentum, zumindest in deutschen, jeder Klassengegensatz aufhöre. Hierzu gehören auch die Sozialdemokraten, die dem Zentral-Bereich deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens angehören...

Gegen die Kinderarbeit

Vom Gewerbeamt wird mitgeteilt: Die Arbeitslosigkeit gebietet, die Beschäftigung von Kindern wie es möglich einzuschränken. Mit gleichem Rechte ist dieses zum Wohle der Kinder erforderlich. Die gesetzlichen Vorschriften über den Kinderschutz verlangen, daß in gewerblichen Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern, in Werkstätten mit Kraftbetrieb...

Neue Schmetterlinge im Zoo

Im Zoologischen Garten ist die Insektenabteilung im Reichstierhaus neu besetzt worden, und zwar nur mit „Exoten“. Wunder schöne Stücke kamen mit dem neuen Transport herein. Im Moos liegen nun die Puppen, hängen an Ästchen oder kindersüßen merkwürdige Gebilde. Die harlekinartigen „Puppen“ eines nordamerikanischen Schwalbenschwanzes erinnern an solche unserer Tagfalter...

Das Wahlergebnis von 1893, das gezeigt hatte, daß nicht viel fehlte, und 24 Sozialdemokraten wären auf einmal in den Saal am Rathausmarkt eingezogen, gab das Signal, nicht etwa den berechtigten Forderungen der notleidenden Arbeiterschaft entgegenzukommen, sondern das Wahlrecht zu korrigieren...

Mehrfach trat aus der Mitte der Parteien von neuem das Verlangen an den Rat heran, unser durch die Rev. Städteordnung geordnetes Wahlverfahren auf Grund der den Gemeindebehörden durch die Paragraphen 56 und 57 desselben Gesetzes gegebenen Berechtigung einer entsprechenden Abänderung zu unterziehen...

So kam das Dreiklassenwahlrecht, das die Stadtverordneten im Oktober 1894 beschlossen und das wenige Tage später, nämlich am 1. November 1894, die ministerielle Bestätigung erfuhr. 1329 Erstklassige, 4005 Zweitklassige und 21 605 Drittklassige konnten bei den folgenden Wahlen je 8 Stadtverordnete wählen...

Das es für das arbeitserfreundliche Bürgertum übrigens die höchste Zeit war, das Dreiklassenwahlrecht einzuführen, zeigte schon das 1894er Wahlergebnis. Die Sozialdemokratie überholte die härteste bürgerliche Partei in allen drei Klassen mit 8452 Stimmen...

Darum wir heute an diese alten Dinge erinnern? Nun, um zu zeigen, wie es das gewalttätige, Recht und Gesetz umgebende Bürgertum mit den Arbeitern gemacht hat! Hoffentlich wissen die heutigen Vertreter der Arbeiterparteien darauf die Antwort zu geben.

nur etwas größeren, birnenförmigen Säckchen verbringt der große Atlas — ein Spinner aus dem Himalaja — seine Verwandlungszeit. Auf einem feinen braunen Rehwert hinter lustigen Waldchen, liegt die eingelagerte Larve des Rehwertspinners aus dem Atlas Hills in Asam. Sieht man schärfer hin, so bemerkt man an einem Ende ein fadenförmiges Haarbüschel, das wohl — umgekehrt wie bei einer Maulwurfsgrube — den Austritt, jedoch keinen Zugang gewährt...

Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe“

Vom 1. bis 31. März wird im neuen Grassmuseum in Leipzig wieder die Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe“ eröffnet sein. Besonders reich wird die Schau namentlich hochwertiger deutscher und französischer Porzellane werden; man wird die neuesten Erzeugnisse Sevres, der deutschen Staatsmanufaktur Meissen und Berlin bewundern können...

Für die kommunale Totenbestattung

In einer am 17. Februar stattgefundenen außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung des Ortsvereins L.-St. der SPD ist nach einem ausführlichen Referat des Stadtverordneten Genossen O. Bauer über die „kommunale Totenbestattung“ nachstehende Entschiedenheit einstimmig gefaßt worden...

„Die am 17. Februar 1928 in den Reichshallen, Leipzig-Volksmarsdorf, tagende, stark besuchte Mitgliederversammlung des Ortsvereins L.-St. der SPD begrüßt die Bestrebungen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion nach Einlösung der kommunalen, kostenlosen Totenbestattung. Sie betrachtet die bestmögliche Durchführung der kommunalen Totenbestattung nach dem Grundsatzgebot der sozialdemokratischen Fraktion aus sozialen und hygienischen...

Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

Montag, Dienstag, den 28. Februar, 20 Uhr, im Himmelreich, Vortrag des Genossen Kammer über Sozialistische Erziehung. ...

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Mäskern. Alle Kinder treffen sich am Dienstag, 16.30 Uhr, zum Lichtbildvortrag im Heim. 19 Pfennig mitbringen.

Ich bin für eine dringende Notwendigkeit. Die Versammlung erwarten vom Stadtverordnetenkollegium, daß es sich für die Annahme der Vorlage entscheidet.

Sollte sich der Rat der Stadt der Durchführung der Beschlüsse der Stadtverordneten widersetzen, fordert die Versammlung die sozialdemokratische Fraktion auf, die Entscheidung der sächsischen Gemeindekommission herbeizuführen.

Die polizeiliche Anmeldung der Weisfremden

Vom Polizeipräsidium wird uns geschrieben:

Während der letzten Herbstmesse wurden von auswärtigen Weisfremden Klagen darüber geführt, daß es selbst mit Hilfe des Polizeipräsidiums nicht möglich sei, die hiesigen Wohnungen auswärtiger, zur Messe hier weilender Geschäftsfremder zu ermitteln. ...

Alle Weisfremden, gleichviel, ob sie in Hotel, Gasthof, Fremdenheim oder in einer Privatwohnung übernachten, sind binnen 24 Stunden nach der Ankunft polizeilich anzumelden.

Zur polizeilichen Meldung ist der Weisfremdenzettel zu verwenden, der kostenlos im Fremdenbureau des Polizeipräsidiums und in den Bezirksoberstellen ausgegeben wird. ...

Während der Frühjahrsmesse ist das Fremdenbureau des Polizeipräsidiums von Sonntag, den 4. März, bis Sonnabend, den 10. März 1928, von früh 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Messwohnungen gesucht. Die bevorstehende Frühjahrsmesse, die Sonntag, 4. März beginnt, wird eine größere Anzahl von Besuchern nach Leipzig bringen als irgend eine der vorhergegangenen Messen.

APZ. Kunststelle. Infolge Erkrankung des Herrn Neubert muß die Vorstellung „Dihello“ heute abgesetzt werden.

Neue Straßenbahnhaltestelle am Lindenauer Markt. Vom Mittwoch, dem 29. Februar, an werden die Haltestellen Lindenauer Markt/Deutsches Haus und Lindenauer Markt/Goethestraße in eine neue Haltestelle zusammengefaßt.

Verkaufsstellen verschließen! Vom offenen Vorraum einer Wohnung im Grundstück Universitätsstraße 18/20 wurde ein wertvoller Herrenpelz gestohlen.

Schulgesundheitspflege. Ueber die Regelung der Schulgesundheitspflege an den hiesigen sächsischen Volksschulen, Berufsschulen, höheren Berufsschulen und höheren Schulen ist als Ortsrat eine „Schulgesundheitsordnung für die Leipziger städtischen Schulen“ erlassen worden.

Technisches Vortragswesen für Autohändler. In der III. Knabenberufsschule, Platzstraße 4, Aulsa, findet Mittwoch, den 29. Februar 1928, 19 Uhr, ein Vortrag über das Thema „Härten und Unklarheiten des neuen Kraftfahrzeugsteuergesetzes“ statt.

Strafen-erzung. Am Montag, den 27. d. M., wird die Fichte- und anschließend die Kautschuk- und Eisen- und Südstraße für den durchgehenden Fahrverkehr während der etwa je 4 Tage dauernden Rohrverlebsarbeiten in der Südröhre gesperrt.

Drei Leipziger Entführer von einer Wanne verhaftet. Die Korrespondent Herzhog meldet aus Kleinach am Brenner: Drei Leipziger Entführer waren am 15. Februar zu einer Tour auf das Badstädter See aufgestiegen.

Wolkensammlungen

Noch eine Warnung vor einem Betrüger. Der Reisende Feich Jöhnes, geboren am 31. 1. 1887 in Döllwitz, Arzts Sohn, ist aus Anlass nach Verübung von Versicherungsbetrug und Unterschlagung flüchtig.

Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig der SPD

Am 26. Februar tagte im Volkshaus die Jahresgeneralversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig der SPD. Anwesend waren 335 Delegierte, während die Vertreter der Ortsvereine Panitzsch, Schleiz und Großbalzig fehlten.

Geschäftsbericht des Vorstandes,

der den Delegierten gedruckt vorlag, ergänzte der Vorsitzende, Genosse Liebmann. Er führte aus: Das vergangene Jahr war kein Wahljahr, trotzdem war es ein sehr arbeitsreiches. In der Unterbezirksorganisation wie in den einzelnen Ortsvereinen wurde eine äußerst rege Versammlungstätigkeit entfaltet.

Kassenbericht

Genosse Trothe erstattete den Bericht der Revisoren, aus dem hervorging, daß die Kasse stets in Ordnung gefunden wurde. Die Revisoren beantragten deshalb Entlastung des Kassierers.

In der anschließenden kurzen Debatte bemängelte Genosse Basler, daß die theoretische Schulung der Funktionäre und der jüngeren Genossen nicht in dem wünschenswerten Maße durchgeführt worden sei.

Die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig vom 26. 2. 28 beauftragt den Vorstand des Unterbezirks, dafür Sorge zu tun, daß im neuen Geschäftsjahr die sozialistische Bildungsarbeit für die Funktionäre und Mitglieder, sowie für den Nachwuchs planmäßig und nachdrücklich betrieben wird.

Die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig vom 26. 2. 28 beauftragt den Vorstand des Unterbezirks, dafür Sorge zu tun, daß im neuen Geschäftsjahr die sozialistische Bildungsarbeit für die Funktionäre und Mitglieder, sowie für den Nachwuchs planmäßig und nachdrücklich betrieben wird.

Entstufung zur Kandidatur Roste.

Die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig vom 26. Februar 1928 unterläßt die Proteste der Parteigenossenschaft gegen eine Reichstagskandidatur Roste, durch die der Wahlkampf unserer Partei zu dem schwersten belastet werden würde.

Anschließend wurden die Vorschläge zu dem Ortsauschuß für Arbeiterbewegung bestätigt: Rich. Böhler, Vorsitzender, Walter Riehl, Kassierer, ferner Ida Bauer, Klara Boldt, Johanna Schulz, Karl Ludwig, Heinrich Willi, Kurt, Kammer.

Bei den Neuwahlen für den Unterbezirksvorstand und die verschiedenen Ausschüsse erfolgte eine Aussprache, die sich besonders mit der Zusammensetzung des Bildungsausschusses, der Rechtskommission und einigen Vorschlägen für die Bezirksvertreter befaßte.

Genosse Alfred Herze als Vorsitzender des Bezirksbildungsausschusses; für den

Eugener Bezirksvorstand:

Vorsitzender: Richard Lipinski, Beisitzer: Paul Krieg, Karl Krüger, Gustav Adolf Müller, Berta Thiel, Richard Koppisch, Hugo Sauppe.

Die übrigen Wahlen, die durch Stimmzettel vorgenommen wurden, brachten folgende Ergebnisse:

Unterbezirksvorstand.

(Die Namen der gewählten Genossen und Genossinnen sind seit gedruckt.)

1. Vorsitzender Hermann Liebmann (406 Stimmen); 1. Schriftführer Albert Böhle (440 Stimmen). Bezirksvertreter: Alt-Leipzig: Ernst Schönsch (485); Jenny Hammer (495); Fritz Gimmer (442). Döbritz: Hugo Schulz (430); Karl Schmidt (415); Ida Bauer (369); Kurt Zippel (240); Gertrud Hentschel (286). Neugerechter Döbritz: Rudolf Schulz, Tawda (494). Schleizbezirk: Friedrich Zehn (488); Walter Mehl (485); Fritz Krebs (489). Schleizbezirk: Richard Thomas (489); Wilhelm Geißel (488); Klara Schreiner (478). Weiskirchen: Louis Schmidt (444); Kurt Gold (459); Woni Janow (433); Anna Kühn (471); Franz Hilbert (259). Neugerechter Weiskirchen: Hermann Engelhardt (408); Max Hötzig (214). Nordbezirk: Richard Böhme (487); Max Gerwien (476); Klara Boldt

(433); Anna Schenbach (210). Revisoren: Hermann Tändgen (496); Walter Weimann (496); Genosse Zeller (428); Otto Trötte (490); Hermann Herzog (500); Albert Küstlich (444); Otto Köhler (440); Paul Pöhlke (163).

Bildungsausschuß:

Johannes Krehen (336); Anna Unger (431); Robert Klemann (236); Genosse Eppstein (349); Hans Schreiner (83); Alfred Bener (413); Robert Hilper (321); Herm. Strobel (391); Kurt Boye (92).

Rechtskommission:

Otto Köhler (402); W. Heger (442); August Böhle (402); Johannes Bang (467); Gustav Ernst (390); Anna Kühn (457); W. Klotz (422); Karl Zeiger (203).

Ausstellung der Kandidaten.

Genosse Liebmann gab eine längere Begründung für die vom Unterbezirksvorstand und der Vorstandskonferenz empfohlenen Kandidatur der von den Ortsvereinen vorgeschlagenen Reichstagskandidaten auf der Wahlliste. Nach einer eingehenden Aussprache wurde zunächst dem folgenden Antrag der Vorstandskonferenz gegen wenige Stimmen zugestimmt:

Die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig vom 26. Februar 1928 ermächtigt die Vertreter des Unterbezirks Groß-Leipzig, auf dem Bezirksparteitag dafür zu stimmen, daß die nach dem Bezirkstatut dem Unterbezirk Burzen zustehende dritte Stelle der Reichstagskandidatenliste mit der ersten Stelle (die der Unterbezirk Groß-Leipzig zu besetzen hat), umgetauscht wird, während Groß-Leipzig dafür die Burzener Stelle besetzt, so daß der vom Unterbezirk Burzen vorgeschlagene Reichstagskandidat, Genosse Lipinski, die erste Stelle der sozialdemokratischen Liste für den Wahlkreis Leipzig einnimmt.

Hierauf wurde für die vom Unterbezirk Groß-Leipzig vorgeschlagenen Kandidaten die folgende Reihenfolge auf der Wahlliste festgelegt:

- 1. Hugo Sauppe, Leipzig.
2. Anna Siemens, Zeitz.
3. Engelbert Graf, Bärenberg.
4. Johannes Bang, Leipzig.
5. Gustav Adolf Müller, Leipzig.
6. Berta Thiel, Leipzig.
7. Richard Koppisch, Leipzig.
8. Otto Hennig, Leipzig.
9. Hermann Schärer, Leipzig.

Angenommen wurde ein Antrag, beim Parteivorstand dahin zu wirken, daß Reichstagskandidaten nicht mehr der Kirche angehören.

Statutenänderungen.

Ohne Debatte wurden nach einer kurzen Begründung durch den Vorsitzenden die folgenden Vorschläge des Unterbezirks zum Statut des Unterbezirks angenommen:

Organisationsstatut für den Unterbezirk Groß-Leipzig der SPD anfügen (ergänzt nach den Beschlüssen der Generalversammlung vom 26. Februar 1928):

Zu § 3.

Abf. 2: In der vorletzten Zeile statt „Präskommission“ zu fügen: „Präsekommission“. In der letzten Zeile zu fügen statt „Bezirksauschusses“: „Eugener Bezirksvorstandes“.

Zu § 5.

Abf. 4 anfügen: „Mit beratender Stimme sind die vom Unterbezirksvorstand für die Generalversammlung bestellten Referenten und Gutachter an der Generalversammlung beteiligt, jedoch nur bei dem Gegenstand der Beratung, zu dem sie zugezogen worden sind. Andere als die im § 5 Absatz 2, 3 und 4 bezeichneten Parteimitglieder können nicht an der Generalversammlung teilnehmen.“

Zu § 7.

In Absatz 1 und 2 zu fügen statt „Präskommission“: „Präsekommission“.

Zu § 8.

Neuen Absatz 4 mit folgendem Wortlaut anfügen: Absatz 4. Nur die nach Absatz 2 und 3 dieses Paragraphen beschlossenen Vorschläge, oder die Vorschläge, die in einer zur Ausfertigung von Kandidaten berufenen Mitgliederversammlung des Unterbezirks aufgestellt werden, sind zur Wahl zu stellen. Dasselbe gilt für die Kandidaten zu Delegationen nach § 9 dieses Statuts.

Gegen einige Stimmen wurde ferner nach kurzer Debatte dem Änderungsantrag zum Bezirksstatut zugestimmt:

Zu § 9.

Dem Absatz 9 folgende Fassung zu geben: „Wahl der Mitglieder des Landesarbeitsausschusses und ihrer Stellvertreter für den Bezirk Leipzig; wobei mindestens ein Mitglied des Landesarbeitsausschusses aus dem Eugener Bezirksvorstand zu wählen ist.“

Dagegen wurde ein weiterer Antrag zum Bezirksstatut, der die Zahl der Teilnehmer aus den Unterbezirken an den Sitzungen des Eugener Bezirksvorstandes vorzieht, zur nochmaligen Beratung an den Bezirksvorstand verwiesen.

Damit war die umfangreiche Tagesordnung erschöpft. In langwierigen Beratungen ist gute Vorarbeit für die kommenden Kämpfe geleistet worden. Nicht alle Genossen und Genossinnen ist es nun, überall alle Kräfte einzusetzen, damit in den bevorstehenden Wahlen das gesteckte Ziel erreicht wird und die kommenden Wahlen zu Siegen der Leipziger Sozialdemokratie werden.

Veranstaltungskalender

Montag, 27. Februar 1928

Kranken- und Begräbnisliste der Buchbinder, Restaurant Torhaus (Dresdner Straße), 10 Uhr.

Dienstag, 28. Februar 1928

Deutscher Beseidungsarbeiter-Vorstand, Herren- und Damenwahl, Schneider- und Schneiderrinnen, 4 Bezirksversammlungen:

Rickau-Ausschuß, 19.30 Uhr
Stadt Altenburg, 19.30 Uhr
Restaurant Harmonie, 19.30 Uhr
Volkshaus, 19.30 Uhr
Näheres laut Inserat vom 26. Februar.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Wetterbericht der Arbeiter-Zurn- u. Sportschule

Tag: 7 Grad minus, Schneehöhe 15 Zentimeter, vorherrsch. Ost und Nord mit Wolken möglich.

Nachts: 3 Grad minus, Schneehöhe 12 Zentimeter, gestört. Ost und Nord gut.

Übermorgen: 3 Grad minus, Schneehöhe 12 Zentimeter, vorherrsch. Ost und Nord gut.

Mittels: 1 Grad plus, Schneehöhe 7 1/2 Zentimeter, gestört. Ost und Nord sehr gut.

Zwischenmorgen mit Buerberg. 7 Grad minus, Schneehöhe 15 Zentimeter, vorherrsch. Ost und Nord gut.

Volkshaus Leipzig

Spezialverichte. Heute Künstaberg: Kloss mit Kapernanke 75 Pf.; Schmorbraten mit Butterudeln 1.15 — Morgen: Ungarische Goulasch mit Knödeln 1.25 Pökelrindbrust mit Meerrettich und Kissen 1.20

West 03 Kreismeister

Beim letzten in diesem Jahre bei der Ermittlung des Kreismeisters...

Das am Sonntag von West 03 d. h. gewonnen, durch den Protest...

Leipzig-West 03 - Dresden-Löschnitz 3:2 (1:2)

Endlich einmal ein Kreismeisterschaftsspiel bei gutem Wetter...

Leipzig war wiederum die bessere Elf, obwohl sie bei weitem nicht...

Das herrliche Frühlingswetter hatte eine beträchtliche Zuschauermenge...

Table with 5 columns: Team, Goals, Assists, etc.

Es ist zu hoffen, daß das Können des neuen Kreismeisters...

Das herrliche Frühlingswetter hatte eine beträchtliche Zuschauermenge...

Am frühen Morgen angelockt, umfing eine beträchtliche Zuschauermenge...

Das etwa 1200 Zuschauer werden wohl befriedigt den Wah verlassen haben...

brachte zum Spiel selbst: Mit Rücksicht auf die Hitze...

Borna-Rötha 2:2

Das ist die Wahrheit nicht immer harmonisch, beweist dieses Resultat...

Sportverein Pagan-Grün-Florian 3:0

Dem herrlichen Wetter entsprechend, spielten sich heute Mannschaften...

Grünhain-Grünhain

2. Klasse: Borna 1-Rötha 1:2; Weibell 1-Deich 2:2:1; Reich auf 2-Treben...

Die Herren: Grünhain-Grünhain 4:1; Borna 1-Rötha 1:2; Weibell 1-Deich 2:2:1...

Tanzspiele

Nachdem zu den Spielen am 26. Februar 1928...

Handball. Schiedsrichter-Einigkeit 2:1. Ein interzessantes Handballspiel...

Handball. Borna-Rötha 2:2. Das ist die Wahrheit nicht immer harmonisch...

Handball. ICC-Grimma-Bornitzsch 1:1 (1:0). Das herrliche Frühlingswetter hatte eine beträchtliche Zuschauermenge...

Handball. Leipzig-Schönefeld 3:0 (2:0). Schönefeld hat Anmut, kommt gut durch, doch ebbt der Wall im Aus...

Tanzspielergebnisse. Leipzig, Handball, Untere Mannschaften: Pagan 1-Südwest 2:2; Witzsch...

Handball, Untere Mannschaften: Witzsch 0-1-Bornitzsch 2:0; Döllig 1...

Handball, Untere Mannschaften: Witzsch 0-1-Bornitzsch 2:0; Döllig 1...

Freie Turnerschaft L.-West. Der Humor-Abend findet am Sonntag den 7. März, abends 8 Uhr...



Charakter und Gehaltswert

einer Zigarette werden nicht allein durch die Güte der verwendeten Tabake bestimmt...

OBERST 5A

Waldorf-NEUE ARBEIT-istoria

2 Milliarden werden verschenkt

Courtaulds Freiaktien Das Glück der Kunstleidenen

Die vielfach untereinander versippten und verbündeten Werke der deutschen Kunstfeldindustrie stehen international in besonders engen Beziehungen zu dem englischen Kunstfeldkonzern Courtaulds und der italienischen Enla Biscola. Diese drei Konzerne umfassen heute bereits, so meinte die Berliner Börsenzeitung am 16. Februar, etwa 30 Prozent der Weltproduktion, und man rechnet sogar in absehbarer Zeit mit einem Zusammenschluß aller Kunstfeldkonzern der Welt, natürlich unter Führung der drei genannten Konzerne. Dem Grade der kapitalistischen Verknüpfung der Kunstfeldindustrie durch Kartelle, Interessengemeinschaften, Beschäftigten unter der Obhut von Holdinggesellschaften usw. entsprechen die Gewinne der Kunstfeldkapitalisten.

Alles bisher Dargestellte — und das war wahrlich nicht wenig! — wird jetzt in den Schatten gestellt durch den Abschluß von Courtaulds für das Jahr 1927. Der Rekord liegt weniger in der Steigerung der Dividende von 22½ Prozent im Jahre 1926 auf nunmehr 25 Prozent, obwohl sie in der Summe 60 Millionen Goldmark beträgt. Der Rekord liegt auch nicht in der Steigerung des Reingewinns von rund 77 Millionen Mark im Jahre 1926 auf rund 92 Millionen Mark im Jahre 1927. Der Rekord liegt darin, daß die Courtaulds ihre Stammaktienkapital verdoppelt und den bisherigen Aktionären auf jede alte Aktie eine neue schenkt. Das Aktienkapital der Courtaulds besteht dem Nennwert nach bisher aus 240 Millionen Mark Stammaktien und 160 Millionen Mark Vorzugsaktien, zusammen 400 Millionen Mark. Nunmehr wird das Stammaktienkapital auf 480 Millionen Mark erhöht und das Gesamtaktienkapital der Gesellschaft steigt damit auf 640 Millionen Mark. (Das englische Pfund Sterling zu 20 Mark gerechnet.)

Ist damit die Kapitalmacht von Courtaulds nach dem Nennwert umschrieben, so erscheint der Kurswert ganz wesentlich höher. Nach einer Mitteilung der Kölnischen Zeitung vom 22. Februar kostet die Pfundaktie von Courtaulds zur Zeit 8½ Pfund Sterling, hat also einen Kurs von 850 Prozent. Man kommt bei entsprechender Multiplikation des Nominalkapitals auf rund 5½ Milliarden Mark Courtaulds-Kapital, nach dem Kurswert gerechnet. Diese Kapitalhöhe ist nicht etwa dadurch entstanden, daß die ersten Aktionäre ständig Nachzahlungen geleistet haben, sondern es handelt sich lediglich um eine Vermehrung des Aktienkapitals durch fortwährende Anschaffung und Kapitalisierung von Betriebsgewinnen.

Im Jahre 1919 hat die Courtaulds ihren Aktionären auf jede Aktie eine Freiaktie geschenkt. Im Jahre 1920 gab die Courtaulds, nachdem im Jahre vorher die Verdopplung des Aktienkapitals durch Freiaktien erfolgt war, auf jede Aktie sogar zwei Freiaktien, so daß aus der einen alten Aktie von Anfang des Jahres 1919 bis Ende des Jahres 1920 nicht weniger als sechs Aktien geworden waren. Im Jahre 1924 wurden dann auf je drei alte Aktien zwei neue Freiaktien, die heutigen Vorzugsaktien, gegeben.

Das gegenwärtige Nominalkapital von 400 Millionen Mark ist also seit 1919 entstanden aus einem Nominalkapital von damals 40 Millionen Mark, ohne daß die Aktionäre jemals einen Pfennig zugegeben hätten. Mit der neuen Freiaktienausgabe des Jahres

1928 steigt der aus den aufgehäuften Gewinnen zugewachsene Betrag von Neukapital auf 600 Millionen Mark Nennwert. In neun Jahren haben also die Courtaulds-Aktionäre außer den sehr hohen Dividenden in der Form von Freiaktien einen weiteren Gewinn in der fünfzehnjährigen Höhe des Kapitals von 1919 erhalten.

Verrechnet man jetzt den Wert der 1928 zur Ausgabe gelangenden neuen Freiaktien nach dem Kurs von 850 Prozent und rechnet man das englische Pfund bequemlichkeitsshalber zu 20 Mark, so ergibt sich, daß die Courtaulds-Aktionäre des Jahr 1928 beginnen mit einem Geschenk im Werte von mehr als 2 Milliarden Goldmark. Und da soll noch irgend jemand zu behaupten wagen, daß wir nicht in der herrlichsten aller Welten leben — für die Kapitalisten!

Vertausendfach!

Die gesamte bürgerliche Presse nimmt natürlich zu den aufsehenerregenden Vorgängen bei Courtaulds Stellung. Die Kölnische Zeitung schreibt dabei am 24. Februar veranlaßt, festzustellen:

„Bezeichnend für den Aufschwung des Unternehmens und die großen Gewinne, die den Aktionären daraus zugeflossen sind, ist die Tatsache, daß der Zeichner von 100 Stammaktien im Jahre 1904 heute 12 000 Stammaktien und 4000 Vorzugsaktien besitzt, ohne je weiteres Kapital eingeschossen zu haben, so daß der Wert der ursprünglichen Beteiligung sich in runden Zahlen vertausendfach hat.“

Die Nationalisierung bei den Vereinigten Stahlwerken

In unserem Artikel „Kartellkosten und Nationalisierung“ machten wir am 14. Februar u. a. nach dem Berliner Börsen-Courier auch Angaben über die Belegschaftszahlen der Vereinigten Stahlwerke (Vsta). Wir sind gezwungen, solche Zahlenangaben der großen bürgerlichen Presse zu entnehmen, da uns direkte Informationen nicht zugehen. Die Vsta macht uns darauf aufmerksam, daß ihre Belegschaftszahl sich nicht seit dem 1. Juli, sondern erst seit dem 1. Oktober 1927 vermindert hat und außerdem nicht so stark, wie wir angaben. Der Irrtum ist beim Berliner Börsen-Courier dadurch entstanden, daß einmal die Gesamtbelegschaftszahlen (Arbeiter und Angestellte) und dann die reinen Arbeiterzahlen miteinander in Verbindung gebracht wurden. Da die Tabelle, die wir am 14. Februar brachten, als Nationalisierungsbeispiel außerordentlich wichtig ist, bringen wir sie heute nochmals mit den Berichtigungen in der letzten Spalte und außerdem erweitert um die absoluten Belegschaftszahlen. An dem Gesamtbild hat sich auch nach der Berichtigung nichts geändert. Wir betonen zur Erläuterung nochmals, daß die Produktionszahlen für das 2. Quartal 1926 = 100 gesetzt und die weiteren Zahlen dazu ins Prozentverhältnis gebracht worden sind.

	Arbeiter	Arb.	Angest.	Gesamtes	Belegschaft	Belegschaftszahl am Ende der Quartale	
						absolut	prozentual
1926							
2. Quartal	100	100	100	100	100	177.179	100
3. „	120,5	104,8	131,6	142,1	137,9	185.081	104,5
4. „	128,1	128,8	153,3	153,6	151,3	191.561	108,1
1927							
1. Quartal	124,3	135,4	159,2	164,4	151,1	195.905	109,4
2. „	113,8	137,9	165,9	164,6	155,0	196.987	111,2
3. „	122,2	142,5	169,4	170,0	?	198.919	112,3
4. „	124,3	153,3	175,7	174,7	?	198.101	111,8

Wer die Zahlen der letzten Spalte mit den auf derselben Linie stehenden Zahlen der 5 Spalten vergleicht, die die Produktion betreffen, wird eine recht einprägsame Vorstellung von der Bedeutung der Nationalisierung für die Arbeiterschaft haben.

Um den Braunkohlenpreis Gutachten und Gegengutachten

Zur Untersuchung der Preisverhältnisse in der Braunkohlenindustrie hat das Reichswirtschaftsministerium vor Monaten eine Kommission unter Führung von Professor Schmalenbach eingesetzt. Diese Kommission übermittelte im Januar ein Gutachten, das der Reichswirtschaftsminister bis jetzt leider nicht veröffentlichte. Wie wir trotzdem schon mitteilen konnten, sprechen die von der Schmalenbach-Kommission ermittelten Tatsachen gegen eine Kohlenpreis-erhöhung.

Nun haben das Ostelbische und das Mitteldeutsche Kohlenyndikat in gemeinsamer Sitzung den Beschluß gefaßt, ein Gegengutachten auszuarbeiten, um das Schmalenbach-Gutachten zu erschüttern. Man rechnet in den Kreisen der Braunkohlenindustriellen mit der Möglichkeit, die Kohlenpreis-erhöhung auf diesem Wege doch durchzusetzen. Diese Hoffnung erscheint nicht ganz unbegründet, wenn man das bisherige Verhalten des Reichswirtschaftsministeriums beobachtet. Warum veröffentlicht der Reichswirtschaftsminister das Gutachten der Schmalenbach-Kommission nicht? Er würde damit seiner Kohlenpreispolitik den besten Dienst erweisen.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.G., Berlin, hat die Mehrheit des Aktienkapitals der hannoverschen Bodenkreditbank in Hildesheim erworben. Die Majorität der Bank war bisher im Besitz folgender Bankhäuser: J. Dreysfus, Gebr. Arnhold, Deutsche Bank, A. E. Wassermann und Ephraim Meyer (Hannover). Die genannten Firmen bleiben auch in Zukunft an dem Unternehmen beteiligt. Das Aktienkapital der Bank beträgt 3,6 Millionen Mark. Das letzte Geschäftsjahr ist äußerst günstig verlaufen, so daß, wie im vorigen Jahre, mit der Verteilung einer Dividende von 12 Prozent zu rechnen ist. Die Interessen der hannoverschen Bodenkreditbank liegen auf dem Gebiete des Siedlungsbauwesens und des Wohnungswesens, wodurch sich die Einflußnahme der Arbeiterbank erklärt.

Rundfunkprogramm Leipzig

Montag, den 27. Februar.

- 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11.45 Uhr: Wetterdienst und -vorausage (Deutsch und Esperanto), Schneerberichte und Wetterstandsmeldungen.
- 12.00 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox-A.G., Berlin.
- 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen.
- 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 16.00—16.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studentrat Bödker und Rektor Claude Grandier: Französisch (Kulturdeutsch-Literarische Stunde).
- 16.30—17.55 Uhr: Konzert. Die Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Haunte.
- 18.00—18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin.
- 18—18.30 Uhr: Maschinenbau- und Lehrstuhl für Guttwein: Technischer Lehrgang für Facharbeiter und Werkmeister: „Spannlose Formung.“
- 18.30—18.55 Uhr: Studentrat Griebel und Rektor Mann: Englisch für Anfänger.
- 19—19.30 Uhr: Direktor Paul Boh vom Leipziger Reichamt: „Propaganda und Export.“
- 19.30—20 Uhr: Vortragsreihe: „Neue Ergebnisse auf dem Gebiete der Arbeit.“ Vortragsreihe: Prof. Dr. Richard Woltereck von der Universität Leipzig: „Natürliche und künstliche Auslese.“
- 20 Uhr: Wettervorausage, Schneerberichte und Zeitangabe.
- 20.15 Uhr: Allerschand Lustiges. Mitwirkende: Karl Köhler und Wilhelm Engst (Regulationen) und das Leipziger Rundfunkorchester. (Dirigent: Hilmar Weber.)
- 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22.15—24 Uhr: Tanzmusik. Ausgeführt vom Musikhaus „Grammophon“, Bruno Jacobi, Leipzig, Hainstr. 20/24 und Zeiger Str. 8 (auf einer Brunswick-Sprechmaschine).

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des V. D. G. B. Leipzig
 Volkshaus, Zeigerstraße 32, Fernruf 34021
Deutscher Verkehrsband, Verwaltungsstelle Leipzig
 Geschäftst.: 9-11 u. 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr, Tel. 34011.
Arbeiter in den Kuchholzhandlungen! Am Mittwoch, dem 29. Februar, 1/8 Uhr, findet im Volkshaus, **Verbandsbureau, II. Zimmer 45, eine wichtige Versammlung** statt. Bericht von den Lohnverhandlungen. Wir erwarten das vollständige Erscheinen aller Belegschaften.

Familien-Nachrichten

Am 25. Februar verschied nach kurzem, schwerem Leiden im 64. Lebensjahre meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Frau
Emma Kellermann
 geb. Grosch
 Schönaub. Leipzig, Nr. 13, den 26. Februar 1928.
 Tiefbetrübt zeigen dies nur hierdurch an
Karl Kellermann
 im Namen aller Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 28. Februar, nachmittags 1/3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Am 26. Februar, früh 8 Uhr, verschied nach jahrelangem, schwerem Leiden, kurz vor seinem 62. Lebensjahre, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder Schwäger und Onkel, der **Finanzhändler**
Max Georgi.
 Leipzig W 32, Dietrichstraße 31
 In tiefer Trauer
Berta verw. Georgi und Angehörige.
 Einäscherung Mittwoch, 29. Februar, nachmittags 2 Uhr auf dem Südfriedhof. Kranzspenden werden dankend abgelehnt.

Am 25. Februar, früh 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet im 67. Lebensjahre an einer Lungenentzündung mein lieber, herzenguter Mann und treuer Lebensgefährte, unser über alles geliebter, treusorgender Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Onkel, der **Zimmerer**
Gustav Nebel
 Leipzig-Anger, Cichoriusstraße 1.
 Dies zeigen in schwerem Herzeleid an
Anna Nebel geb. Richter
 nebst Kindern und allen Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 28. Februar, nachm. 1/2 Uhr, von der Kapelle des Trinitatisriedhofs aus statt.

Am 25. Februar verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 14 Jahren, unser lieber, herzenguter Sohn u. Bruder
Gerhard
 Leipzig W 33 am 27. Februar 1928
 Lützen Straße 194 a
 In tiefer Trauer
Walter Hahn und Frau
 und Bräutchen **Rolf.**
 Die Beerdigung findet am 29. Februar 1928 nachmittags 1/3 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhof statt.

Plötzlich und unerwartet verschied am Freitag vormittag unter hochverehrter Ehe,
Herr Ingen. Fritz Schaaß
 Mitinhaber der Fa. Fr. Karl Schaaß, Steinsetzmostr., Leipzig
 Seine unermüdbliche Schaffenskraft, seine edlen, gerechten, persönlichen Eigenschaften werden uns immer ein gutes Vorbild bleiben. Wir werden seiner nie vergessen und ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.
 Leipzig, den 24. Februar 1928
Die gesamte Arbeiterschaft der Firma Fr. Karl Schaaß

Unserm Vorstandsmitgliede
Gustav Kunze
 und Frau
 zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche!
Ortsverein Oetzsch-Gautzsch (SPD).

Freude und Leid
 verkündet Verwandten und Bekannten die
Familien-Anzeige

Nähmaschinen

 Ersatzteile — Nadeln — Oel
Reparaturen
 „Deutsche Nähmaschinen“-
Vertriebsaktiengesellschaft
Leipzig Fernruf Nr. 119 27
 Schützenstr. 21
 Spezial-Nähmaschinen-Abteilung
 Augustenstr. 26, Ecke Dresdner Straße

Herren, Besohlung 3 Mk.
Damen (Kernleder) 2 Mk.
Zell. Petersteinweg 12 I.

Für die freudlichst übermittelten Glückwünsche und Blumenspenden zum Einzuge in unsere neuen Geschäftsräume danken wir unserer sehr geschätzten Kundschaft und lieben Bekannten aufs herzlichste, und laden zur Besichtigung der neuen Frühjahrs-eingänge freudl. ohne Kautzwang ein

Damen-Bekleidungsgeschäft
Carl u. Hede Vogel
Jetzt: Nürnberger Straße 25
 an der Königsstraße